

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lebküchler, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Lillengasse Nr. 12

Inserentionspreis pro dreizehnpaltene Pettizelle 30 Pfg., für Mitgliederlisten 20 Pfg.

**Wer seinem Arbeitsnachbar in jeder Weise kollegial entgegentritt, wird ihn leichter für die Organisation gewinnen!**

## Unsre Aufgaben im kommenden Winter.

„2782 Neuaufnahmen von Mitgliedern und 186 656 einflussreiche Beiträge im dritten Quartal 1909; das sind 504 Neuaufnahmen und 12 970 Beiträge mehr als im vorhergehenden Quartal und 560 Neuaufnahmen und 20 739 Beiträge mehr als im dritten Quartal 1908.“ — Wer von den Verbandsmitgliedern ist nicht freudig bewegt worden, als er in der Quartalsübersicht des Hauptkassierers von diesen erfreulichen Fortschritten der Organisation gelesen hat? Und diese bedeutsamen Fortschritte sind nicht nur in einer Gruppe unserer Berufsangehörigen gemacht worden, sondern sie verteilen sich auf alle Gruppen; es sind daran beteiligt sowohl Bäcker wie Konditoren in Bäckereien und reinen Konditoreien, aber auch die gelerntten Arbeiter beider Berufe und ebenfalls die ungelerten Arbeiter in den Lebkuchen-, Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladenfabriken. Und was besonders erfreulich ist, auch unter den Arbeiterinnen dieser Betriebe hat die Agitation der letzten Zeit uns eine große Anzahl neuer Mitglieder gebracht und mit Freuden kann man schon heute konstatieren, daß jetzt in verschiedenen Städten dieser Industrie das erreicht ist, was wir schon lange sehnlichst herbeiwünschten, nämlich, daß die Frauen und Mädchen regen Anteil nehmen an der Agitation unter den Kolleginnen wie in allen andern wichtigen Vorgängen im Organisationsleben.

Letzteres berechtigt zu den allerbesten Hoffnungen, und schon heute ist vorauszusagen, daß, wenn diese rege Tätigkeit und Agitation weiter in den Reihen der Mitglieder an der Tagesordnung ist, wir der kommenden Zeit, die uns wahrscheinlich wieder recht viel Lohnkämpfe in allen Branchen bringen wird, mit froher Zuversicht entgegenblicken können.

Man kann jetzt ohne allen Vorbehalt konstatieren, daß die Hausagitation nun zu den ständigen Mitteln unserer Agitation gehören wird; sie hat sich bewährt! Die Betätigung derselben hat unsere eifrigen Pioniere gezeigt, daß sie zwar die mühevollste, aber auch die billigste und erfolgreichste Agitation ist. Und haben unsere Pioniere schon eingesehen, welche Erfolge durch dieselbe zu erzielen sind, wie man durch dieselbe auch die Kollegen und Kolleginnen fassen kann, an die man sonst durch Einberufung von Versammlungen noch nie herankommen konnte, so wird man auch überall alles daran setzen, in der ferneren Zeit diese Art der Agitation nicht bloß in Angriff zu nehmen, wenn von der Verbandsleitung die Anregung zu derselben ausgeht, sondern sie wird ständig betrieben werden, um uns weiter ständig Erfolge zu bringen.

Können wir jetzt schon konstatieren, daß unsere Pioniere bei der stattgefundenen Hausagitation mit großer Geschicklichkeit und Energie ihre Pflicht erfüllten, so ist zu hoffen, daß die noch in einzelnen Bezirken und Städten vorhandenen Lücken ausgefüllt werden und weiter mit rührigem Eifer diese Agitation betrieben wird!

Die Verbandsleitung beabsichtigt — wie es schon die vorhergehenden Jahre geschah — am Schlusse dieses Jahres die Berufsangehörigkeit unserer Mitglieder wieder festzustellen, und diese Erhebung wird bestätigen, daß die erfreulichen Fortschritte der Organisation auf das Konto

aller Branchen, die zu unserm Rekrutierungsgebiet gehören, zu schreiben sind.

Die diesjährige Hausagitation wurde nicht etwa unter besonders günstigen Verhältnissen zur Ausführung gebracht; wir wissen ja, daß die Arbeitslosigkeit unter unsern Berufsangehörigen noch eine sehr große ist, und wenn schon im allgemeinen in der Industrie Anzeichen vorhanden sind, daß die Wirtschaftskrise wieder einer besseren Konjunktur Platz macht, so haben wir doch in unsern Branchen bis in die letzten Wochen gesehen, daß wir noch immer sehr mit den Nachwirkungen der Wirtschaftskrise und den Preistreiberereien der Rohmaterialien zu rechnen haben. So können wir von allem andern, nur von keinem guten Geschäftsgang reden. Das beweisen ja auch die monatlichen Berichte des Statistischen Amtes des Deutschen Reiches, wonach die Arbeitslosigkeit in unserm Berufe geradezu schlimme Ausdehnung angenommen hatte. Es wird dieses auch bewiesen durch die Inanspruchnahme der Unterstützung in unserer Organisation.

Wir zählten an Arbeitslosen-, Reise- und Krankenunterstützung aus:

	1908	1909 (3 Quartale)
	M.	M.
Arbeitslosenunterstützung .....	68825,05	55552,50
Reiseunterstützung .....	6443,60	5902,20
Krankenunterstützung .....	31868,70	32173,—
Summa .....	106637,35	93627,70

Danach hat also die Unterstützung von den ersten drei Quartalen des Jahres 1909 bald die Gesamtsumme erreicht, welche im ganzen Jahre 1908 ausbezahlt wurde.

Aber trotz dieser gewaltigen Arbeitslosigkeit, die, wie im ganzen Berufe, so auch unter unsern Mitgliedern anzutreffen ist, die erfreuliche Vorwärtswirkung unserer Organisation!

Nun gilt es vor allem, die bei der Hausagitation gewonnenen neuen Mitglieder der Organisation zu erhalten und zu überzeugten Mitkämpfern unserer Sache zu erziehen. Dann ist aber auch eben so dringend notwendig, daß die bei der Hausagitation angeknüpften Verbindungen — auch dort oder besonders dort, wo sie noch nicht zur Aufnahme in unsern Verband geführt haben — aufrecht erhalten werden, und unsere eifrigen Pioniere müssen immer wieder versuchen, bei diesen Kollegen und Kolleginnen nachzufragen, ob sie sich denn noch nicht dazu entschlossen haben, endlich Mitglieder unserer Organisation zu werden.

Daneben müssen aber auch die Funktionäre der Organisation, Gauleiter, Bezirksleiter und Zahlstellenverwaltungen, alles aufbieten, den nun immer näher rückenden Winter gut auszunutzen zur Schulung und Bildung der Mitglieder in allen Fragen der gewerkschaftlichen Betätigung. Zu diesem Zweck ist es in erster Linie notwendig, dafür zu sorgen, daß die Mitglieder- und Sektionsversammlungen nicht eintönig verlaufen und sich womöglich nur mit rein geschäftlichen Fragen befassen; es muß nach Möglichkeit überall dafür gesorgt werden, daß in jeder Versammlung ein die Mitglieder interessierendes Referat angefaßt wird. Die rein geschäftsmäßigen Fragen (Abrechnung, Wahlen und dergleichen) können dann leicht und schnell nach dem Vortrag noch erledigt werden.

Macht man die Mitgliederversammlungen durch bildende und belehrende Vorträge für die Mitglieder interessant, dann wird man auch nicht mehr über schlechten Besuch derselben zu Klagen haben. Und an Agitationsstoff für diese Versammlungen ist in unsern Branchen wahrhaftig kein Mangel, wie wir uns überhaupt noch nie über Mangel an Agitationsstoff zu beklagen gehabt haben.

Zum 25jährigen Bestehen unsres Verbandes erscheint im Januar 1910 das hochinteressante Werk „Geschichte der Deutschen Bäcker- und Konditorenbewegung“. Auch diese Schrift, geschmackvoll eingebunden, den Mitgliedern für billigen Preis geliefert, enthält so wertvolle Tatsachen über die Entwicklung unsres Gewerbes und die Entwicklung unsrer Organisation und unsrer Lohnkämpfe, daß mit Vorträgen über die einzelnen Abschnitte dieses Werkes viele Versammlungen ausgefüllt werden können.

Neben dem Bestreben, die Mitgliederversammlungen für die Kollegen und Kolleginnen anziehend und lehrreich zu gestalten, soll und muß alles aufgeboten werden, daß auch von unsern fortgeschritteneren Mitgliedern die Bildungseinrichtungen der örtlichen Gewerkschaftskartelle in vollem Maße mit in Anspruch genommen werden. Was heute die Gesamtarbeiterschaft auf diesem Gebiete für segensreiche Einrichtungen in allen Städten geschaffen hat, das wagte vor zwei Jahrzehnten der allerschlimmste Optimist noch nicht einmal zu hoffen! Es gilt nur, diese Gelegenheit auszunutzen und für wenig Geld — oder auch ganz unentgeltlich — wird heute der organisierten Arbeiterschaft sehr viel an Belehrung und Bildungsmöglichkeit geboten.

Um daneben unsere jungen Mitkämpfer auch in Versammlungsleitung, Protokollführung und im Reden zu üben, sollen den Winter hindurch überall Diskussionsklubs bestehen, wie sie schon fast jedes Jahr in gut geleiteten größeren Zahlstellen bestanden haben, und welche sehr nützlich in unserm ganzen Gewerkschaftsleben gewirkt haben.

Die Ergebnisse der Hausagitation — erfreuliche Erfolge in recht ungünstiger Zeit — lehren uns, daß das Vertrauen der unorganisierten Kollegenschaft zu unserer Organisation vorhanden ist. Das nimmt uns auch gar nicht Wunder, müssen doch auch die unserer Organisation noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen einsehen, wie segensreich die Unterstützungsanstalten unsres Verbandes gerade in der Zeit der Wirtschaftskrise mit ihrer großen Arbeitslosigkeit gewirkt haben. Ferner haben sie gesehen, daß es uns in dieser schweren Zeit nicht nur möglich war, die Versuche der Arbeitgeber, unsre Lage zu verschlechtern, energig abzuweisen, sondern daß wir noch in vielen Städten Verbesserungen unsrer Lage durch Lohnkämpfe erzielen konnten. Diese Tatsachen bereiten aber in der Masse der Kollegenschaft, die den Weg zu unserer Organisation noch nicht gefunden haben, den Boden vor zur Aufnahme der Lehren von der Selbsthilfe, die unsern Mitarbeitern durch die Organisation gebracht wird! Deshalb an die Arbeit, ihr eifrigen Pioniere! Betreibt ferner mit regem Eifer eure Aufklärungsarbeit und die Erfolge werden nicht ausbleiben können!

# Arbeitslohn und Arbeiterorganisation.

I.

Bekanntlich besteht zwischen dem Arbeiter, der seine Arbeitskraft verkaufen muß, um leben zu können, und dem Unternehmer, der die Arbeitskraft haben muß, um produzieren zu können, ein Verhältnis wie zwischen Verkäufer und Käufer. Ferner besteht zwischen dem Arbeiter, der für seinen Lohn die verschiedenen Waren kauft, und dem Händler, der ihm diese Waren verkauft, ein Verhältnis wie zwischen Käufer und Verkäufer. Der Arbeiter ist also, wirtschaftlich betrachtet, ein Doppelmensch, er ist Käufer und Verkäufer in einer Person und daher in doppelter Hinsicht vom Kapital abhängig. Dem Produktionskapital steht er also als Verkäufer gegenüber, dem Handelskapital als Käufer; nach beiden Richtungen hin wird er ausgebeutet, nach beiden Richtungen hin muß er sich gegen die Ausbeutung wehren. Der Arbeiter verkauft seine Ware Arbeitskraft an den Kapitalisten und erhält dafür ein Äquivalent, den Arbeitslohn; für diesen Arbeitslohn kauft er sich von dem Kapitalisten allerlei Waren, deren er zum Lebensunterhalt bedarf. Der Arbeitslohn, resp. das bestimmte Quantum Geld, das der Arbeiter für die von ihm verausgabte Arbeitskraft erhält, spielt also die Vermittlerrolle zwischen Kapitalist und Arbeiter. Der Arbeitslohn selbst ist eine relative Größe, die erst durch verschiedene Umstände bestimmt werden muß, und zwar beruht diese Relativität einerseits auf der Natur der menschlichen Arbeitskraft und andererseits auf dem Wesen des Geldes.

Die menschliche Arbeitskraft wird in der kapitalistischen Gesellschaft behandelt wie jede andre Ware; sie wird gekauft und verkauft und ihr Wert, resp. Preis, richtet sich, populär ausgedrückt, nach den gesellschaftlich notwendigen Herstellungskosten. Doch unterscheidet sie sich in mancher Beziehung wieder von jeder andern Ware; sie ist nichts Greifbares, Wägbares, Meßbares, sondern etwas Flüssiges, in der Person des Menschen verkörpert, das erst auf dem Wege der Abstraktion gewissermaßen herausdestilliert werden muß. Wenn ein Mensch seine Arbeitskraft in irgend einer zweckbestimmten Form verausgibt, so bemerkt der Zuschauer das Hinströmen derselben vom Körper in den Arbeitsgegenstand nicht, er beobachtet nur die Bewegungen des Arbeitenden und die Veränderungen des Gegenstandes, und schließt daraus, daß Arbeitskraft verausgabt wird; der Arbeitende selbst merkt das Verausgabte außerdem noch an dem Gefühl der Abspannung, Erschöpfung, Ermüdung. Das Quantum der verausgabten Arbeitskraft zu bestimmen ist ungemein schwierig, da nicht bloß die Länge der Arbeitszeit, sondern auch der Intensitätsgrad der Arbeit bei der Feststellung von Bedeutung ist, und doch muß es bestimmt werden, wenn anders von einer Wertung der Arbeitskraft gesprochen werden soll.

Beim heutigen System der Lohnarbeit erscheint die Sache auf den ersten Blick ungeheuer einfach; der Unternehmer mietet den Arbeiter für einen Tag und bezahlt dafür, daß der Arbeiter während eines Tages seine Arbeitskraft im Dienste des Unternehmertums verausgibt, einen Lohn, sagen wir von  $M 4$ . Nun ist aber ein Arbeitstag eine wechselnde Größe, wie es ja in der Tat Arbeitstage von 8, 10 und 16 Stunden gibt, was einem Stundenlohn von 50  $\text{¢}$ , 40  $\text{¢}$  und 25  $\text{¢}$  entsprechen würde. Der Arbeiter, der seine Ware Arbeitskraft natürlich möglichst teuer verkaufen will — eine Absicht, die allen Warenverkäufern gemeinsam ist —, hat bei gleichbleibendem Tageslohn zunächst ein lebhaftes Interesse an einer Verkürzung des Arbeitstages. Jede Verkürzung der Arbeitszeit, bei konstant bleibender Intensität, steigert also den Preis der Ware Arbeitskraft. Die Verkürzung der Arbeitszeit soll natürlich nicht auf Kosten der Arbeiter geschehen, weshalb parallel mit ihr eine Erhöhung der Stundenlöhne gehen muß. Dies beobachten wir in der Praxis ja ausnahmslos, und es wird keinem vernünftigen Arbeiter einfallen, zehn Stunden lang für denselben Stundenlohn zu arbeiten, wie früher bei zwölfstündiger Arbeitszeit; verdiente er früher 50  $\text{¢}$  pro Stunde, so muß er jetzt 60  $\text{¢}$  verdienen, um auf einen Tageslohn von  $M 6$  zu kommen.

Möglichst kurzer Arbeitstag und möglichst hoher Stundenlohn war und ist also die Devise der denkenden Arbeiterschaft; dieses Streben kommt zum Ausdruck einerseits in den Lohnkämpfen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, und andererseits in den Versuchen, die Arbeitszeit und den Arbeitslohn — allgemein oder für einzelne Branchen — gesetzlich zu regeln. Da in letzter Hinsicht sehr viel auf die Stellungnahme der Regierung und das Stärkeverhältnis der politischen Parteien ankommt, so müssen die Gewerkschaften, sofern sie ein Eingreifen der Gesetzgebung in das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit überhaupt für wünschenswert halten, einen bestimmten Einfluß auf die Politik ihres Landes zu gewinnen suchen. In Deutschland beobachten wir, daß die Forderung einer Arbeitszeitverkürzung ebensowohl von den Gewerkschaften in zahllosen Lohnkämpfen durchgeführt, wie auch von den politischen Parteien des Reichstages zum Gegenstand von Anträgen gemacht wird. Und gerade so gut wie der Lohnkampf nur dann Erfolg hat, wenn die betreffende Gewerkschaft über die nötigen Machtmittel verfügt, so wird auch ein parlamentarischer Feldzug zugunsten der Regelung der Arbeitszeit nur dann erfolgreich sein, wenn die Anhänger und Verteidiger dieses Gedankens im Parlament stark vertreten sind und die Masse der Arbeiter draußen im Lande hinter sich haben. Die Gewerkschaften müssen also notwendigerweise, soviel in ihren Kräften steht, tun, um die arbeiterfreundliche Strömung im Parlament zu bestärken, oder mit andern Worten: sie müssen Arbeiterpolitik treiben.

Da der Arbeiter seine Arbeitskraft möglichst teuer verkaufen will, so darf er sich nicht darauf beschränken, die Zeit zu verkürzen, während der er die Arbeitskraft verausgibt, sondern er muß auch den Intensitätsgrad der Arbeit in Betracht ziehen. Was nützte es dem Arbeiter, wenn er seine Arbeitszeit von zwölf auf elf Stunden verkürzte, wenn er aber in diesen elf Stunden ebensoviel oder noch mehr Arbeitskraft von sich gibt, wie in den früheren zwölf Arbeitsstunden? Daß letzteres möglich ist, lehrt die Erfahrung tagtäglich, und es ist ja bekannt, daß das Unternehmertum die Arbeitskraft, die ihm durch eine Zeitverkürzung verloren geht, durch ein Zusammenpressen derselben wieder einholt, gleichwie ein Mensch, der Wasser aus einem Reservoir zapft, das Zapfloch vergrößert, wenn ihm die Zeit zum Zapfen verkürzt wird, und dadurch seinem Schaden wieder nachkommt.

Die Möglichkeit, die Intensität der Arbeit zu steigern, entzündete bislang den Kapitalisten für jede Arbeitszeitverkürzung, und es gibt bereits zahlreiche Unternehmer, die ein intensives Arbeiten für vorteilhafter halten, als ein langes Arbeiten, die infolgedessen gar keine prinzipiellen Gegner des Achtstundentages mehr sind. Die Methoden, die eine Steigerung der Intensität herbeiführen, sind verschiedener Art und sollen hier nicht weiter erörtert werden. Tatsache ist es aber, daß ausnahmslos in allen Branchen heutzutage viel intensiver gearbeitet wird, als dies vor 50 Jahren der Fall war, und zwar läuft diese Steigerung der Intensität parallel mit der Verkürzung der Arbeitszeit.

Rein rechnerisch liegt also die Sache folgendermaßen: Ein Arbeiter, der für seinen Tageslohn von  $M 4$  zehn Stunden arbeitet, erhält für das von ihm in einer Stunde verausgabte Quantum Arbeitskraft durchschnittlich 40  $\text{¢}$ ; verkürzt er darauf seine Arbeitszeit um zwei Stunden, so beträgt der Preis des Stundenquantums 50  $\text{¢}$ , ist also um 25 pzt. gestiegen; dies gilt aber nur dann, wenn die durchschnittliche Arbeitsintensität unverändert geblieben ist, denn wenn die Steigerung der Intensität der Arbeit gerade so viel ausmacht, wie die Verkürzung der Arbeitszeit, so ist der Preis der Ware Arbeitskraft ebenfalls unverändert geblieben. Der Stundenlohn ist allerdings nominell von 40  $\text{¢}$  auf 50  $\text{¢}$  gestiegen, das Quantum Arbeitskraft ist aber gleichfalls um 25 pzt. mehr geworden. Es wäre also durchaus vertehrt, wenn die Arbeiterklasse die Arbeit lediglich nach der Elle messen wollte, wie rüchthändige Unternehmer noch heute tun, und sich auf die Verkürzung der Arbeitszeit beschränken wollten. Gerade die Regelung der Intensität ist eine wichtige Frage, die um so brennender wird, je mehr die Arbeitszeitverkürzung Fortschritte macht. Zu fordern ist also nicht nur ein Arbeitstag von normaler Dauer, sondern auch eine Arbeitsweise von normaler Intensität. Und zwar wird diese Forderung erhoben, abgesehen von Gründen der Menschlichkeit, Gesundheit usw., von dem rein geschäftlichen Standpunkt eines Warenverkäufers aus.

Der Arbeiter, dessen einzige Ware seine Arbeitskraft ist, will diese Ware möglichst teuer verkaufen und muß deshalb jeden Versuch des Unternehmertums, den Preis dieser Ware zu drücken, energisch zurückweisen; ob dieser Versuch auf dem Wege einer Arbeitszeitverlängerung oder der Steigerung der Intensität vor sich geht, ist im Effekt gleichgültig. Er muß sogar zum Angriff übergehen und den Versuch machen, durch Verkürzung der Arbeitszeit und Hemmung der Intensität den Preis seiner Arbeitskraft zu erhöhen. Daß sich der Unternehmer diesem Eingriff in seine „geheiligten Rechte“ widersetzt, ist erklärlich und soll ihm auch weiter nicht verdacht werden.

Aber was vermöchte er wohl seinem Arbeiter erwidern, wenn dieser mit folgenden Gründen an ihn herantrete: „Es ist wahr, du hast meine Arbeitskraft gekauft und darfst sie benutzen, denn zu dem Zwecke hast du sie ja erworben. Aber wie lange und in welchem Grade bist du berechtigt, sie mir aus dem Körper zu pumpen? Meine Arbeitskraft ist keine Ware, wie jede andre, denn sie ist nicht von ihrem Verkäufer getrennt; willst du sie kaufen, so mußt du mich mit kaufen. Meine Arbeitskraft ist aber auch mein einziges Gut, sie befindet sich gewissermaßen in einem Reservoir, das allmählich ausgepumpt wird. Nehmen wir an, es könnte unter normalen Bedingungen innerhalb eines Zeitraumes von 30 Jahren entleert werden; rechnen wir das Jahr zu 300 Tagen, den Tag zu zehn Stunden und einen Tageslohn von  $M 4$ , so repräsentiert meine Arbeitskraft einen Gesamtwert von  $30 \times 300 \times M 4 = M 36 000$  und jede Arbeitsstunde einen Wert von 40  $\text{¢}$ . Nützt du mich nun statt zehn Stunden pro Tag zwölf Stunden arbeiten, so schöpft du das Reservoir nicht, wie bisher, in 9000 Tagen, sondern bereits in 7500 Tagen = 25 Jahren aus und bezahlst mir statt  $M 36 000$  nur noch  $M 30 000$ ; du betrügst mich also um  $M 6 000$ , abgesehen davon, daß du mir fünf Jahre meines Lebens raubst, die mir höchstens im „besseren Jenseits“ angerechnet werden. . . . Ganz ebenso verhält es sich mit der Steigerung der Intensität der Arbeit. Wenn du mir infolge einer „verbesserten“ Arbeitsmethode innerhalb zehn Stunden täglich eine Arbeitsleistung von zwölf Stunden herausprägst, so sinkt nach unserm vorherigen Beispiele der Wert einer Arbeitsstunde von 40  $\text{¢}$  auf 33  $\text{¢}$ , der Gesamtwert meiner Arbeitskraft also von  $30 \times 300 \times 40 \text{ ¢} = M 36 000$  auf  $30 \times 300 \times 33 \text{ ¢} = M 30 000$ ; ich bin also wiederum um  $M 6 000$  geschädigt. . . . Eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine Steigerung der Arbeitsleistung ohne meine Einwilligung schießt also einen Bruch unsres Vertrages und eine Verletzung der Gesetze des Austausches ein. Hieraus folgt mit unerbittlicher Logik, daß ich, als Arbeiter, d. h. als Verkäufer meiner Arbeitskraft, wohl das Recht habe, mich in die inneren Angelegenheiten eines Betriebes einzumischen, sofern es sich darum handelt, meine Arbeitsleistung und damit den Preis meiner Arbeitskraft von Fall zu Fall festzusetzen; jedes einseitige Vorgehen deinesseits widerspricht der liberalmanchesterlichen Lehre von dem freien Arbeitsvertrag. Was vermöchte der Unternehmer auf diese rein rechnerischen Ausführungen zu antworten?“

Der Arbeiter, dessen einzige Ware seine Arbeitskraft ist, will diese Ware möglichst teuer verkaufen und muß deshalb jeden Versuch des Unternehmertums, den Preis dieser Ware zu drücken, energisch zurückweisen; ob dieser Versuch auf dem Wege einer Arbeitszeitverlängerung oder der Steigerung der Intensität vor sich geht, ist im Effekt gleichgültig. Er muß sogar zum Angriff übergehen und den Versuch machen, durch Verkürzung der Arbeitszeit und Hemmung der Intensität den Preis seiner Arbeitskraft zu erhöhen. Daß sich der Unternehmer diesem Eingriff in seine „geheiligten Rechte“ widersetzt, ist erklärlich und soll ihm auch weiter nicht verdacht werden.

## Lohnbewegungen und Streiks.

Lohnbewegung in der Zuckertwarenfabrik von Albert Ulrich & Co. Nachfolger in Magdeburg. Die Firma gehörte seit Jahren zu denen, die, wenigstens im Vergleich mit den örtlichen Verhältnissen, nicht die schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen hatte. Noch vor drei Monaten war es möglich, mit dem früheren Firmeninhaber die hierorts leider fast gar nicht übliche höhere Bezahlung der Ueberstunden zu vereinbaren, ohne daß es dabei zu irgendwelchen Differenzen gekommen wäre. Jetzt kam aber die Fabrik in andre Hände und damit sollten auch andre Zustände Platz greifen; vor allen Dingen sollte der Ueberstundenzuschlag wieder beseitigt werden, und das Strafsystem wurde sofort in schärfster Weise gehandhabt. Von mancherlei andern Dingen, die der Arbeiterschaft zum Schaden gereicht hätten, ganz zu schweigen. Doch man hatte da die Rechnung ohne die recht gut organisierte Arbeiterschaft des Betriebes gemacht. Zunächst wurde von der

selben unser Bezirksleiter Nacho beauftragt, vorstellig zu werden, doch war es demselben unmöglich, in der vierstündigen Unterredung mit Herrn Belling, dem jetzigen Inhaber, ein Einverständnis zu erzielen. Zum Schluß drückte der Herr obendrein den dringenden Wunsch aus, er wolle nicht wieder von einem Organisationsvertreter besucht werden, da seine Leute alle zufrieden wären; wenn sie aber noch Wünsche hätten, sollten sie alle in kommen. In mehreren Betriebsversammlungen wurde dazu Stellung genommen und beschlossen, als Antwort auf die geplanten Verschlechterungen Forderungen an die Firma zu stellen. Einer Kommission der Arbeiter, die darauf mit dem Firmeninhaber verhandelte, wurden auch kleine Zugeständnisse gemacht, doch befriedigten diese nicht. Nun wurde noch einmal vom dem Organisationsvertreter versucht, in eine Verhandlung mit der Firma einzutreten. Es gelang diesem, die gemachten Zugeständnisse noch zu erweitern; vor allen Dingen wurde erreicht, daß erstens der Ueberstundenzuschlag weiter gezahlt wird; zweitens, daß Gehilfen unter  $M 21$  nicht mehr eingestellt werden; drittens, mildere Handhabung des Strafsystems; viertens, Arbeiterinnen sollen nach vierwöchiger Beschäftigung, wenn sie sich eingearbeitet haben,  $M 1$  Zulage erhalten; fünftens, einige Verbesserungen im Betrieb. In einer am 1. November, abends, stattgefundenen Fabrikversammlung wurden nach eingehender Debatte die gemachten Zugeständnisse vorläufig akzeptiert und die Hoffnung ausgesprochen, daß, sobald sich die Verhältnisse gebessert haben, auch die sonst noch gemachten Versprechungen erfüllt werden. Die Arbeiterschaft des Betriebes konnte diesen Achtungserfolg nur deshalb erringen, weil fast alle dem Verbandsangehörigen. Es sollte dies für die Magdeburger Kollegen ein Ansporn sein, sich gleichfalls alle ihrer Berufsorganisation anzuschließen, um in gleich energischer Weise ihre Interessen vertreten und Verbesserungen erringen zu können!

## Internationales.

Eine französische Bäckerkonferenz. Am 26. und 27. Oktober hielten die Bäckersyndikate des Seinedepartements (Paris und Umgebung) eine Konferenz ab, auf der acht Städte durch Delegierte vertreten waren.

Einen der zuerst diskutierten Punkte bildete die Forderung: Abschaffung der Nacharbeit. Zu dieser Frage wurden nach vorheriger langer Diskussion verschiedene Resolutionen angenommen, von denen wir die wichtigste im Auszuge wiedergeben. Sie lautet: „Die Delegierten erklären, entschlossen zu sein, die Abschaffung der Nacharbeit mit allen Mitteln durchzusetzen zu versuchen aus hauptsächlich folgenden zwei Gründen: Erstens weil die Nacharbeit die Gesundheit der Arbeiter sehr nachteilig beeinflusst und zweitens, weil aber die Nacharbeit auch die Gesundheit der Konsumenten beeinflusst, was nicht wundern darf, wenn man die bedauerwürdigen hygienischen Bedingungen, unter denen das Brot entsteht, in Erwägung zieht, die das unbedingte Verbot der Brotfabrikation und der Erzeugung ähnlicher Produkte erheischen.“

Ein anderer Tagesordnungspunkt von großem Interesse war der wöchentliche Ruhetag. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Konferenz protestiert energisch gegen das Manöver der Regierung, das die Abänderung des Gesetzes über den wöchentlichen Ruhetag zum Ziele hat. Sie erklärt das Verhalten der Regierung, die sich zum Schlepper von Unternehmercliquen missbrauchen lässt, als einer republikanischen Regierung unwürdig. Indem sie den Verrat und Anschlag der Regierung konstatiert, beschliesst sie gleichzeitig, alle revolutionären Mittel dagegen anzuwenden. Eines dieser revolutionären Mittel, die zum Ziele führen sollen, ist — der Boykott, das heisst die Bäckergewerkschaften, will mit Hilfe der Arbeiterkonsumenten allen Bäckermeistern, die ihren Arbeitern keinen Ruhetag gewährten, einen solchen abringen.“ (Wir werden darüber gelegentlich berichten.)

Wie in den meisten französischen gewerkschaftlichen Organisationen, herrscht auch bei den Bäckern ein grosser Schlandrian, d. h. es wird wenig Gewicht auf die gewissenhafte Durchführung gefasster Beschlüsse gelegt. Daher der nachfolgende Beschluss: „Da die Konferenz die Beschlüsse früherer französischer Landesgewerkschaftskongresse gutheisst, verpflichtet sie die Bäckersyndikate, sich ihrer Arbeitsbörse oder Syndikatsunion anzuschließen. Nur solche Syndikate sind als konföderiert, als der Confédération générale du Travail angeschlossen zu betrachten.“

Zur Verschiedenheit in der Höhe der Beiträge wurde folgender Antrag angenommen: „Nachdem die Konferenz die bedauerwürdigen Tatsachen konstatiert hat, die durch die Verschiedenheit der Aufnahmegebühr und der Beiträge hervorgerufen worden sind, verpflichtet sie die vertretenen Organisationen, sich auf die Beitragshöhe des Pariser Syndikats zu einigen, um die Ungleichheit zu beseitigen und mehr Geschlossenheit zu erlangen. Das Pariser Syndikat wird gleichzeitig beauftragt, Statuten auszuarbeiten, die für alle Bäckersyndikate des Departements bindend sein werden.“ Einige andre Beschlüsse und ein Bäckermeeting bildeten den Abschluss der Konferenzarbeiten. J. Babion.

## Sachtechnische Rundschau.

### Surrogatwirtschaft.

Der „Gordian“ stellt uns folgenden Artikel zur Verfügung:

Wir kommen jetzt in die Märzpanzeit hinein. Da wird es für die Nahrungsmittelpolizei und für die Nahrungsmittel-Untersuchungsanstalten viel Arbeit geben. Mandeln sind in diesem Jahr so teuer, wie sie seit Jahren nicht gewesen sind. Deshalb blüht der Weizen in der Surrogatwirtschaft. Seit vielen Monaten offerieren und liefern Hamburger Kaufleute unter dem Namen „Mandelersatz“, „Marzipanersatz“, „Pfirisch-Mandeln“ Surrogate viel verschiedener Art, die dann im Inlande zu „Makonen“, „Marzipanorten“, „Marzipanartoffeln“ weiter verarbeitet werden. Auch an die Schokoladenindustrie sollen,

nach Verfeinerung der Diesedanten, diese Surrogate in großen Mengen geliefert worden sein. Uns haben Offerten Hamburger Firmen vorgelegen, in denen diese behaupten, sie lieferten derartige Surrogate an viele hundert Firmen, darunter an solche bestbekannten Rufes. Selbst die Schweizer Fabriken zählten zu den bedeutenden Abnehmern. Ja, es wird behauptet, die weltbekannte Nougatmasse würde zum großen Teil aus solchen Surrogaten hergestellt, ja, diese Surrogate gäben den Fabrikanten erst das volle Aroma. Die Mandel- und Haselnuß-Schokoladen würden einen „milderen“ Geschmack bekommen, wenn solche Surrogate mit verwendet würden. Ufm.

Bei den Anpreisungen dieser Firmen muß man ihnen zugute halten, daß sie die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht kennen und der Ansicht sind, die Fabrikanten könnten in ihre Matronen, in ihren Marzipan, in ihre Schokolade, Mandelschokolade, Haselnußschokolade hinein arbeiten, was sie wollen. Das ist aber nicht der Fall.

Matronen sind seit Jahrzehnten oder Jahrhunderten ein Gebäck aus Mandelmasse. Wer dazu nicht reine Mandelmasse nimmt, sondern Mandelmasse mit Surrogatmasse vermischt, der liefert ein verfälschtes Fabrikat und kann und muß wegen Nahrungsmittelverfälschung verfolgt werden. Oder er muß jedem Käufer sagen, daß sind nicht reine Matronen, das sind nachgemachte. Tut er das, dann wird der Kunde sie probieren, und wenn sie ihm schmecken, wird er sie kaufen. Verschweigt der Verkäufer aber die Verwendung von Surrogaten, so macht er sich strafbar.

Ebenso steht es beim Marzipan. Was, was Marzipan heißt, soll aus Mandeln und Zucker bestehen. Von Zucker kann in die Mandelmasse soviel hineingewirkt werden, als sie aufnimmt, ohne bröckelig zu werden. Wer aber dieses Bröckeligerwerden künstlich dadurch zu verhindern sucht, daß er Kartoffelsirup hineinmischet, nur zu dem Zwecke, mehr billigeren Zucker in die teurere Mandelmasse hineinwirken zu können, daneben den natürlichen Mandelgeschmack durch Bittermandelöl ersetzt, der streckt die Masse in unzulässiger Weise. Eine solche Ware darf nicht mehr „Marzipan“ genannt werden. Wer aber gar noch seinen „Marzipan“ aus Mandelmasse und Surrogatmasse macht, der macht sich erst recht strafbar; denn „Marzipan“ soll nur aus Mandeln und Zucker bestehen.

Auch „Nougatmassen“, „Nougatwaren“ können nur aus „Nüssen“, hier aus Haselnüssen, angefertigt werden. So ist es seit Jahrzehnten Sitte, und der Umstand, daß einmal ein Jahr kommt, in dem die Haselnüsse teurer sind als gewöhnlich, kann eine langbewährte Verkehrsordnung nicht umstoßen. Auch in der braunen Industrie muß das weiter gelten, was jahrelang gelehrt hat. Haselnußschokoladen dürfen nur aus reiner Schokolade und aus Haselnüssen, Mandelschokoladen nur aus reiner Schokolade und Mandeln bestehen. Pfirsichkerne sind keine Mandeln, auch nicht, wenn die Hamburger Händler „Pfirsich-Mandeln“ statt Pfirsichkerne sagen. Wer aus Pfirsichkernen gebrannte „Mandeln“ macht, der begeht eine Täuschung der Konsumenten, eine Verfälschung eines bekannten Genußmittels; er verfällt in Strafe.

Wenn es bei der Fabrikation von Speiseschokoladen zur Gewohnheit geworden ist, einen Zusatz von 5 pZt. an Mandeln oder Nüssen stillschweigend passieren zu lassen, so ist doch dabei zu bedenken, daß mit Mandeln eben Mandeln, mit Nüssen eben Haselnüsse gemeint sind, nicht etwa aber deren Surrogate. Wer 5 Pfund Surrogate in die Schokolade hineinarbeitet, verfälscht die Schokolade. — Welche Surrogate kommen in Betracht?

Zunächst Apritosen- und Pfirsichkerne. Diese werden gehackt, fein, mittel, grob zu Preisen geliefert, die nur halb so hoch sind, wie die Mandelpreise. Daher finden sie Unterschlupf. Ferner kommt geraspeltes Kokosnuß in Betracht, die durch einen Zusatz von Kartoffelmehl haltbar gemacht worden ist.

Das beste Surrogat ist aber in den Acajounüssen zu finden, und diese sind es denn auch, die der Mandel, also auch der ehrlichen Fabrikation, am meisten im Wege sind. Diese Acajounüsse (Cashew Kernel), auf deutsch „Efeulantenkäse“, haben im Geschmack, besonders wenn man Vergleiche zwischen gerösteten, gehackten oder gerösteten Mandeln und den ebenso behandelten Acajounüssen anstellt, eine große Ähnlichkeit, so daß Verfälschungen solcher Waren, zu denen Mandeln genommen werden müssen, schwer zu ermitteln sind. Ein paar Tropfen Bittermandelöl darüber gespritzt, macht die Täuschung vollkommen.

Als letztes Surrogat kommen Erdnüsse (Peanuts) vor, deren erdiger Geschmack aber leichter herauszufinden ist, so daß hierbei die Täuschungsmöglichkeit nicht so groß ist.

Alle diese Produkte, die hier als Surrogate auftreten, sind an sich völlig einwandfrei; jedes ist ein selbständiges Produkt, und aus jedem lassen sich ebenbürtige Nahrungs- und Genußmittel herstellen, wie aus Mandeln und Haselnüssen. Warum nur immer müssen die Unterschiebungen versucht werden? Sind die Mandeln unerschwinglich teuer, so ist es sogar Pflicht des Matronenbäckers, sich nach einem Ersatz umzusehen, und wenn er dann diesen Ersatz findet und daraus in Form der Matronen ein neues Gebäck backt, warum gibt er diesem neuen Gebäck dann nicht einen neuen und richtigen Namen? Kennt er sie Acajoumatronen, so tut er seine Schuldigkeit, die Käufer werden vielleicht denken, sie bekämen ganz was besonderes; aber jedenfalls erfahren sie, daß sie etwas anderes bekommen, als bisher. Ebenso haben die „Marzipanfabriken“, die ihre „Marzipanwaren“ nicht aus reinen Mandeln und Zucker machen, zu verfahren. Arbeiten sie mit „Marzipanersatz“, so haben sie das ihnen Abnehmern, die Abnehmer den Konsumenten anzugehen, oder sie bieten ihre Waren als „Acajouware“ aus. — Geschiedt feins von beidem, so liegt eine Verfälschung zum Zwecke der Täuschung vor, und die Bestrafung muß erfolgen.

Die Schokoladenfabriken, die mit diesem Mandelersatz arbeiten, haben die gleichen Vorschriften zu erfüllen. Wenn sie „Acajouschokolade“ fabrizieren und deklarieren, haben sie ihre Pflicht erfüllt; als „Mandel-“ oder als „Nußschokolade“ oder als „Speiseschokolade“ dürfen sie ihre Fabrikate nicht in den Verkehr bringen, wenn sie mit „Mandelersatz“ gearbeitet worden sind.

Es kann sehr wohl der Nahrungsmittelindustrie zur Pflicht werden, sich, wenn irgendwelche Stoffe sehr teuer geworden sind, nach Ersatzstoffen umzusehen und diese in beliebigem Umfange zu verwenden; es darf aber diese Verwendung nicht verschwiegen werden.

## Betriebsunfälle.

**In glühender Asche verbrannt.** Was für Arbeit von unsern Kollegen in den Fabriken oft übernommen wird und welchen Gefahren sie dabei ausgesetzt sind, zeigt folgender gräßlicher Unglücksfall in der Kakesbäckerei der bekannten Firma Hauswaldt-Magdeburg. Unser dortiges Parteiorgan schreibt:

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der Fabrik von Hauswaldt, Lübecker Straße 23. Die beiden Bäcker Robert Pohl, Nikolaistraße 7 wohnhaft, und Hermann Stodtmeister, Weinberg 2, waren damit beschäftigt, die in einem Schacht unter der Kesselheizung liegende Asche herauszunehmen. Zu diesem Zwecke stiegen sie auf einer Leiter in den Schacht. Plötzlich stürzte die glühende Asche auf die Füße. Bevor die Berunglückten sich auf die Leiter retten konnten, waren die Kleider vom Körper gebrannt und die Haut hing nur noch in Fetzen herab. Die sofort herbeigerufene Sanitätskolonne hüllte die Schwerverletzten in nasse Tücher und brachte sie in zwei Wagen nach dem Altstädter Krankenhaus.

Hermann Stodtmeister ist am Tage darauf unter qualvollen Schmerzen gestorben. Diese Arbeit gehört eigentlich nicht zu der der Bäcker; nur um einige Groschen (es gibt wohl 4 dafür) extra zu verdienen, wurde sie von den beiden verrichtet. Aber bei den unter den heutigen Verhältnissen erbarmungswürdig zu nennenden Löhnen von 19, 20 und 21 pro Woche, die von dieser Firma noch gezahlt werden, wird man es verstehen, wenn der einzelne darauf bedacht ist, einige Mark mehr zu erwerben und sei es selbst durch eine so gefährliche Arbeit, wie in diesem Falle.

## Sozialpolitisches.

**Eine städtische Bäckerei.** Daß die Stadtgemeinde Berlin eine der größten und leistungsfähigsten Bäckereien besitzt, selbst eingerichtet hat und selbst betreibt, dürfte wenig bekannt sein. Diese auf das modernste eingerichtete Bäckerei besteht in Buch und versorgt die dortigen städtischen Anstalten mit Brot. Obgleich diese städtische Bäckerei noch nicht lange im Betrieb ist, hat sie schon ansehnliche Mengen Backwaren geliefert. Im letzten Etatsjahre wurden 2670 Zentner Weizenmehl, 3786 Zentner Roggenmehl, 103 Zentner Salz, 42 Zentner Hefe, 35 Zentner Zucker, 12 000 Liter Milch, 4 Zentner Streumehl, 6 Zentner Backfett usw. verbraucht, um 8500 Zentner Backwaren herzustellen, und zwar wurden gebacken: 5050 Zentner Roggenbrot, 33 Zentner Hefenbrot, 2937 Zentner Semmel, 130 Zentner Zwieback und zirka 14 Zentner Stollen. Natürlich ist die Produktion mit der Ausdehnung von Buch gestiegen und wird sich in diesem Jahre noch ganz erheblich steigern.

**Scharfmacherische Übungen.** Ende Oktober haben die Geschäftsführer der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände und die des Verbandes deutscher Arbeitgeberverbände in Hamburg eine gemeinsame Arbeitsnachweis-Konferenz abgehalten. Die Konferenz, die aus allen Gebieten Deutschlands sehr zahlreich besetzt war, hat den Leitern der Verbände die praktische Kenntnis der Einrichtungen des Arbeitsnachweises des Verbandes der Eisenindustriellen Hamburgs, der vorbildlich wirken soll, vermittelt. Die Konferenz soll die Ausdehnung der Arbeitgeber-Arbeitsnachweise, von denen es schon 150 geben soll, fördern. Danach dürfen die Arbeiter damit rechnen, daß ihnen die Scharfmacher in nächster Zeit einen Kampf um den Arbeitsnachweis aufzwingen werden.

Einen größeren Vorstoß nach dieser Richtung macht ja zurzeit der Rechenverband. Für leidlich verständige Unternehmer ist diese Frage längst entschieden und der Kampf um den Arbeitsnachweis als völlig unnötig erachtet worden durch die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen. Jetzt aber betreiben die Scharfmacher diese Sache wieder systematisch und drillen ihre Arbeitsnachweisleiter in die geheime Geschäftspraxis ein, wie gut diese Nachweise als Maßregelungsbüroaus fungieren können und müssen.

**Arbeiter-Dilettanten-Kunstausstellung in Berlin.** Veranfalet von Adolf Lebenstein. Vom 4. bis 30. November. W., Potsdamerstraße 4. Am 12., 13. und 14. Januar 1910 Gewerkschaftshaus, Engelufer 15. Es wäre dringend zu wünschen, wenn alle Genossen diese Ausstellung besuchen würden, die mit so unendlicher Mühe und Liebe in die Wege geleitet wurde; kann doch der zielbewusste Arbeiter daraus erkennen, welchen großen Wert es hat, wenn er seine Mußestunden in zweckdienlicher Weise ausfüllt.

Die Beschäftigung mit der Kunst ist in hohem Maße geeignet, Geist und Seele des Arbeiters mit neuen Idealen zu erfüllen. Um den Genossen den Zutritt zu erleichtern, ist der Eintrittspreis auf 25 J festgesetzt.

## Allgemeine Rundschau.

**Die Stichwahlen in Sachsen brachten den Sozialdemokraten insgesamt 10 Vertreter, so daß die Fraktion 25 Mann stark im Landtage einzieht.** In der ersten Sitzung, die die Fraktion abhielt, wurde beschlossen, auf einen Vizepräsidentenposten Anspruch zu erheben. Dafür wurde Genosse Fräßdorf, zu Schriftführern im Landtage Fleißner und Gold vorgeschlagen.

**Schon wieder neue Steuern.** Die neueste „Finanzreform“, so schreibt das „Hamburger Echo“, ist kaum abgeschlossen, die neuen Steuern haben ihre Geld spendende Wirkung noch nicht voll entfalten können, aber schon pfeifen es die Späken von den Dächern, daß die so heiß ersehnte halbe Milliarde nicht zusammenkommen wird. Das liegt wohl weniger an der mangelhaften Rechenkunst der Steuerfinder, als daran, daß sie einen Faktor nicht in ihre Rechnung eingestellt haben: den Widerstand des steuerbelasteten Publikums, der sich in der Enthaltung vom Bierkonsum und im Schnapsbohott, sowie in manchen andern weniger freiwilligen Akten der Enthaltbarkeit äußert und auf

manchen Gebieten eine harte Einschränkung des Konsums und damit einen Minderertrag der Steuern herbeiführt. Die Regierung sieht sich deshalb schon jetzt nach neuen Steuerquellen um. Wie die „Deutschen Nachrichten“ berichten, sollen die nach Inkrafttreten der neuen Steuern im Reichschatzamt vorgenommenen Ueberrechnungen ergeben haben, daß die effektiven Einnahmen aus den neuen Steuern lange nicht den gewollten Mehrbetrag von 500 Millionen erreichen werden. Es bestehe sogar die Ansicht, daß das ungünstige Resultat sich durch die Kalkulation späterer Monate noch verschlechtern dürfte. Die Aufforderung des Reichschatzamtes an die Bundesstaaten, beschleunigte Erhebungen zwecks Einführung einer Reichswertzuwachssteuer zu veranlassen, sei nur als ein Glied in der Kette neu zu beschaffender Steuern zu betrachten.

Nur als ein Glied. Die Kette besteht aber aus vielen solchen. Welche neue Steuern wollen die Geheimräte noch entdecken, nachdem bei der letzten „Finanzreform“ ihre Weisheit bis zum letzten Tropfen ausgeschöpft worden ist und das Resultat sich dennoch als ein Fiasko erwiesen hat? Wollen sie jetzt etwa ernsthaft dem Besitz zuliebe gehen, obwohl eben Wilow wegen eines schwächlichen Versuches in dieser Richtung gestürzt worden ist? Da dürften sie doch einige Bedenken haben. Im übrigen ist aber die Grenze der Leistungsfähigkeit erreicht und jede neue indirekte Steuer droht an der Zahlungsunfähigkeit des Publikums zu scheitern. Die Finanzmijere des Reiches wird deshalb auch nicht kuriert werden, ehe man sich nicht entschließt, die ungeheuren unproduktiven Ausgaben für Heer und Flotte einzuschränken.

**Wie Arbeiter für den „Hansabund“ gewonnen werden sollen.** In der chemischen Fabrik Bist in Seelze bei Hannover wurden Einzeichnungslisten für den „Hansabund“ unter den Arbeitern herumgereicht. Da die Arbeiterchaft des Betriebes gut organisiert ist und im „Hansabund“ zu allerliebte eine Vertretung ihrer Interessen sieht, war der Liebe Mühe umsonst. Wieviel sich die Unternehmer den Mitgliederfang für den Bund kosten lassen, beweist die folgende der Einzeichnungsliste beigelegte und vom Firmeninhaber eigenhändig unterzeichnete Erklärung:

Wer dem „Hansabund“ beizutreten wünscht, beliebe seine Unterschrift auf beiliegenden Zettel zu setzen. Die Kosten des Jahresbeitrages trägt die Firma.

**Aus dem Etat einer Innung.** „Die Agitatoren mästen sich von Arbeitergroßchen.“ Diese fixe Idee wird von den Unternehmern immer wieder den Arbeitern als abschreckendes Mittel gegen die Organisation zu suggerieren versucht. Es wird ihnen einguredet, daß die in die Gewerkschaften gezahlten Beiträge zum großen Teil zur Besoldung der Beamten verwandt werden. Daß das nicht wahr ist, wissen die Unternehmer und ihre Pressesofaken sehr genau. Wie sparjam mit den Arbeitergroßchen in den Gewerkschaften gewirtschaftet wird, und daß die vereinnahmten Summen unter Abzug geringer Verwaltungskosten den Arbeitern wieder zugeführt werden, beweisen die Abrechnungen, die in breiter Öffentlichkeit erfolgen. Anders sieht es aber im Arbeitgeberlager in diesen Dingen aus.

Vor uns liegt der „Rechenchaftsbericht der Tischlerinnung zu Berlin für das Geschäftsjahr 1908“, der hierzu eine wunderbare Illustration bietet. Unter den Einnahmen, die inkl. des Vorbestandes von 9887,68 vom Jahre 1907 insgesamt 44 133,53 betragen, befinden sich 3550 an Prüfungsgebühren für 355 Lehrlinge und 1433,80 Einschreibgebühren für 495 Lehrlinge; das übrige sind Beiträge der Mitglieder und rund 1500 Zinsen aus Kapitalien sowie 1336,65 sonstige Einnahmen. Die Ausgaben belaufen sich auf 34 566,47, davon entfallen auf:

Entschädigungen an den ersten Obermeister . . .	M. 4000,—
„ „ „ zweiten Obermeister . . .	1200,—
„ „ „ Rentanten . . . . .	2100,—
„ „ „ Schriftführer . . . . .	800,—
„ „ „ Vorstand . . . . .	374,20
„ „ „ Kassierer . . . . .	2701,20
„ „ „ die Beauftragten . . . . .	400,—
„ „ „ Beisitzer . . . . .	735,—
„ „ „ Prüfungskommission . . . . .	1920,—
„ „ „ Herbergskommission . . . . .	80,—
„ „ „ den Synodus . . . . .	200,—
Beitrag zum Innungsaussschuß . . . . .	1809,05
„ „ „ Bund deutscher Tischlerinnungen . . . . .	850,—
Repräsentation . . . . .	921,90
Besondere Schreibarbeiten der Kassierer . . . . .	90,—
Fuhrgelder usw. . . . .	74,05
Recherchen . . . . .	105,—
Bureauhilfe . . . . .	800,—

Das ergibt die Summe von . . . M. 18060,40 für persönliche Verwaltungskosten und Repräsentation; denn die Summe, die an den „Bund Deutscher Tischlerinnungen“ und an den „Innungsaussschuß“ geleistet wird, wird auch zu Repräsentationszwecken verwendet. Hierzu kommt noch die Summe von 3120,31 für sachliche Verwaltungskosten, so daß sich die Verwaltungskosten auf 21 180,71 gleich 61 pZt. bei einer Gesamtausgabe von 34 500 belaufen. Die übrigen Ausgaben setzten sich zusammen aus: M. 339 an den Gesellenaussschuß, 1165,15 Ausgaben zum 25. Tischlertag, 100 Zuschuß zum evangelischen Lehrlingsheim, M. 527 für einen Beizkurfus, M. 477,90 für Unkosten der Lehrlingsausstellungen, 6618,09 für den Arbeitsnachweis, 87,50 für das Herbergsweien, 154 für Schulgeld an unbemittelte Schüler, 2500 Zuschuß an Fachschulen und 576,40 Unterstützung an unbemittelte Meister und Frauen. Noch nicht 11 000 sind laut Abrechnung im Interesse der Innungsmittglieder und Lehrlinge verausgabt, während von den Lehrlingen allein M. 6000 an Ein- und Ausschreibgebühren an die Innungskasse gezahlt werden mußten. An unbemittelte Meister und Frauen wird die hundert Summe von 576,40 als Unterstützung gezahlt, während die Festivitäten zum 25. Tischlerstage M. 1165 verschlingen.

Daß die Aufsichtsbehörden einen derartigen Unfug dulden, ist für die gegenwärtigen Zustände bezeichnend.



## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Das auf den Namen Weidinger (Ludwig) lautende Verbandsbuch Nr. 38 421 sollte durch einen andern Kollegen der österreichischen Ortsgruppe Salzburg übergeben werden zwecks Uebertritts in den dortigen Verband. Das Buch ist aber nicht abgeliefert worden, und da Gefahr besteht, daß es zur Erlangung von Unterstützungen mißbraucht wird, wird es hiermit für ungültig erklärt und ist dem etwaigen Vorzeiger abzunehmen.

Der Vorstandsvorstand.

J. A.: O. Allmann, Vorsitzender.

### Heute ist der 47. Wochenbeitrag (14. bis 20. November) fällig.

### Quittung.

Vom 1. bis 6. November gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Monat Oktober: Zahlstelle Essen M. 224,25, Mülhausen 42,70, Kiel 317,30, Gelsenkirchen 61,90, Straßburg 88,70, Gießen-Weßlar 15,80, Deggendorf 13,20, Zeitz 160,40, Cassel 155,30, München 2618,90, Göttingen 18,80, Crimmitschau 40,10, Stuttgart 336, Hannover 537,30, Dortmund 118,50, Frankfurt a. M. 1183,15, Dresden 2430,15, Magdeburg 612,60, Gannau 24,40, Würzburg 101,90, Eberfeld 225,90.

Von Einzelnzahlern der Hauptkasse: A. Sch.-Lörrach M. 13,50, W. G.-Feldberg 5, G. W.-Delsnik i. Erzgeb. 25, C. P.-Meierßen 26, W. W.-Ginshorn 25, J. W.-Wirtbaum 10, F. J.-Neufels 5, M. G.-Wittenberge 5, J. W.-Tschöke 26, J. G.-Pinnerberg 2, W. B.-Pinnerberg 12.

Für Abonnements und Annoncen: Zentral-Krankenkasse Offenbach M. 4,80, W. L.-Dresden — 50, Zahlstelle Bochum 2, Crimmitschau 2, D. R.-Diepholz 6,30, G. P.-München 13.

Der Hauptkassierer. J. B.: M. Langhann.

### Aus der Konditorei-, Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Die Zunahme des Kakaoverbrauchs in Deutschland ist in normalen Zeiten eine stetige. Im September dieses Jahres stellte sich der Verbrauch hier auf 2 972 100 kg gegen 2 675 500 kg im gleichen Monat des Vorjahres, und während der Gesamtverbrauch in den ersten neun Monaten 1908 24 587 200 kg betrug, waren es in diesem Jahre bis Ende September insgesamt 30 859 500 kg. Eine Steigerung also von 4 auf 5.

Interessant ist für uns auch der Anteil, den unsere eignen Kolonien an der Versorgung Deutschlands mit Kakaos nehmen. Im Jahre 1907, welches allerdings durch die Lissaboner Spekulationen außergewöhnliche Preisverhältnisse geschaffen hatte, die den ganzen Kakaomarkt in ein wüstes Durcheinander brachten, hatte die Gesamtzufuhr aus den Kolonien nur M. 2 700 000 Wert. In Betracht kommen Kamerun, Neu-Guinea und Samoa.

„Dagegen betrug,“ schreibt Prof. Dr. Wohlmann, „der Bedarf Deutschlands im genannten Jahre über 62 Millionen Mark. Wir decken daher heute nur 4 1/2 pZt. unsres Bedarfs in den Kolonien selbst. An der Kakaoweltmarkte 1908 mit über 193 Millionen Kilogramm waren die deutschen Kolonien nur mit etwa 1,4 pZt. beteiligt, während der Konsum Deutschlands 1908 21 pZt. der Weltmarkte ausmachte.“

**Gesellschaftsbildungen in der Schokoladenindustrie.** Wo etwas zu verdienen ist, wird der Einzelunternehmer immer häufiger und schneller beiseite geschoben und die Produktion durch Kapitalgenossenschaften in die Hände genommen. Unsere süße Industrie bietet dafür das beste Beispiel. Jetzt haben wieder zwei Firmen diesen Weg beschritten. Becker & Schmidt-Discherleben wurde in eine Genossenschaft m. b. H. umgewandelt. Die Leiter des Unternehmens werden die Herren Lewin, Wipper und Schmidt sein; das Kapital beträgt M. 500 000. Ebenso ist die bekannte Firma P. W. Gaedte, Hamburg, die in den Vororten Eppendorf und Ottensen ihre Betriebe hat, aus der bisherigen offenen Handelsgesellschaft in eine Gesellschaft m. b. H. übergeführt worden. Eine Reihe stiller Gesellschafter, zu denen auch Herr Dr. Richard Dierbach, der Direktor des Unternehmens, mit M. 20 000 gehört, sowie die bisherigen Firmenträger W. Gaedte bringen ihre Forderungen in die neue Gesellschaft ein. Herr W. Gaedte bringt als Einlage außer M. 10 000 bar noch die Fabrikanlagen, die mit den auf ihnen ruhenden Schulden übernommen werden; der verbleibende Wert derselben wird mit M. 100 000 angenommen. Das übrige Stammkapital, das insgesamt M. 700 000 beträgt, wird von andern Gesellschaftern gegeben. Da die dort arbeitende Kollegenschaft jedenfalls auch gern wissen will, für wen sie eigentlich die Kapitalzinsen zusammenarbeiten muß, wollen wir die Namen der Teilhaber hier bekannt geben. Es sind die Witwen Habelle Paulsen, Clara Kossin, Alma Cordes, Frau Julie Riege, Frau Emma v. Skramlik, Frau Senta Rohde, Paula Cordes, Gertrud Cordes sowie die Herren Karl Cordes, G. F. Bauer, Andreas Fahr, Otto Fahr und Paul Fahr.

**Die Kakaokompagnie Reichardt in Wandersbel.** In den Betrieben, in denen die ungünstigsten Arbeitsverhältnisse herrschen, gehört, wie unsrer Kollegenschaft schon längst bekannt ist, auch die unter übergroßer Kellameentaltung in die Höhe getommene Kakaokompagnie Reichardt. Um sich billige und willige Arbeitskräfte zu sichern, ist sie schon auf die unglaublichsten Mittel verfallen. So suchte sie vor einigen Jahren die Welt damit zu rühren, daß sie sich erbot, Personen

mit etlichen Gebrechen, wie Schwerhörigen usw., leichte und „angenehme“ Arbeit zu verschaffen und sie in einem „Reichardtheim“ „gut und billig“ unterzubringen. Es sollte auf diese Weise das Kost- und Logisystem eine mehr traurige als fröhliche Auserziehung feiern, aber glücklicherweise hat diese sozialpolitische Wohlthaterei ziemlich Schiffbruch gelitten; denn wenn anfänglich sich circa 40 Personen gefunden hatten, die auf diese Weise glücklich werden wollten, ist es gegenwärtig nur noch ein halbes Duzend, das im „Hotel Marienthal“ haust. Auch sonst kümmert sich die Betriebsleitung stark um das leibliche und geistige Wohl der Arbeiterchaft, indem sie besondere Kantineneinrichtungen schuf, einen Fabrikgefangenenverein protegiert usw. Alle diese Liebe hat unsre Kollegenschaft aber doch nicht über ihre Lage täuschen können und sie hat endlich auch begriffen, daß das Faust-in-der-Tasche-machen nichts hilft. In letzter Zeit sind die Kollegen und Kolleginnen dem Rufe zur Organisation in verstärktem Maße gefolgt und einige verhältnismäßig gut besuchte Versammlungen beweisen, daß ihre Geduld — wie der Hamburger sagt — sich zu erschöpfen bei kleinem anfängt. Natürlich war in der ersten Versammlung auch wieder einer der Herren Obermeister erschienen — ob in liebedienlicher Absicht aus eigenem Ermessen oder ob er einem Befehle folgte, sei dahingestellt — und wir brauchen bloß das Verhalten dieses Herrn zu schildern, um zu zeigen, welche Methoden in der Fabrik herrschen. Nach einem Referate des Kollegen Kahl äußerte der Obermeister, die Arbeiter der Firma seien keine Arbeiter, sie seien jumeist hergelauene Gesellschaft, die noch nicht mal den wenigen Lohn verdienen, den sie bekommen. Sie seien keine richtigen Arbeiter, weil sie sich jumeist in den Gassen herumdrücken und die Hände in den Taschen stecken hätten. Er selber habe sich von einem unteren Arbeiter, der M. 12 früher verdiente, zu einem „kaufmännischen Beamten“ heraufgearbeitet! Allerdings habe er seine Ideale, welche er früher befehen, draußen gelassen, als er bei Reichardt eintrat. Die Arbeiter der Firma verständen aber gar nichts von der Notlage der Fabrikanten, weil sie geschäftlich nicht kalkulieren

**Der Branntweinboykott wurde be-  
schlossen, um die schlimmsten Ur-  
heber der Volksausbeutung an ihrem  
eigenen Geldbeutel zu strafen. Wer  
also Branntwein irgend welcher Art  
trinkt, verhindert die Bestrafung der  
Volksausbeuter. Wer wird solche  
Torheit eines Schnaples halber be-  
gehen?**

könnten. Weiter meinte er, er sei „Bernsteinianer“! Mit Beschwerden sollten die Arbeiter nur ruhig zu ihm kommen, er würde schon Abhilfe schaffen. Dieser Mann will technischer Leiter eines noch größeren Betriebes gewesen sein als die Kakaokompagnie ist und zwar in Oesterreich; dort habe er niemand eingestellt, der nicht gewerkschaftlich organisiert war. Er selber wäre 22 Jahre organisiert gewesen. Wo, hat er allerdings nicht gesagt.

In der zweiten Betriebsversammlung sprach Kahl infolgedessen über „Die Praktiken der Firma Th. Reichardt und die des Herrn Obermeisters Unruh in der letzten Versammlung.“ Er nahm sich die Ausführungen dieses Herrn nochmals besonders vor und konnte auch mitteilen, daß derselbe am Tage nach der ersten Versammlung zum Generaldirektor gerufen worden sei. Die erste Auseinandersetzung mit diesen habe zweieinhalb Stunden und die zweite, die nachmittags stattfand, zwei Stunden gedauert. Herr Unruh habe dort jedenfalls zugeben müssen, daß er heillose Dummheiten gemacht habe, denn die „Abrechnung“, die er mit Kahl hatte, war ja zu allem andern, aber nicht zu seinen Gunsten ausgearbeitet. Kahl ging dann wieder auf die Betriebsverhältnisse näher ein. Welche Löhne zur Auszahlung kommen, belegte er durch eine Lohnliste einer im Marienheide untergebrachten Arbeiterin auf welcher das Folgende verzeichnet stand: 5 1/2 Stunden Lohn M. 8,78; hiervon ab: Pension M. 5, Arbeitskleidung 10  $\frac{1}{2}$  S, Invalidenversicherung 10  $\frac{1}{2}$  S, Krankenkasse 26  $\frac{1}{2}$  S, Straf-gelder 50  $\frac{1}{2}$  S, so daß das arme Wesen ganze M. 2,82 an barem Gelde in die Hand bekam. Und angesichts dieser Tatsachen annoncierte die Firma auch noch in den Provinzialblättern, daß bei hohen Löhnen Arbeiterinnen eingestellt werden! Niemand werde bestreiten, daß mit solchen Löhnen diejenigen Arbeiterinnen, die auf sich selbst angewiesen sind und ihre Füße nicht unter den elterlichen Tisch stecken können, dem Laster in die Arme getrieben werden oder an Unterernährung zugrunde gehen.

Die ganze Einrichtung des „Hotel Marienthal“ sei aber lediglich getroffen, um die Leute noch mehr unter die Botmäßigkeit der Firma zu bekommen. Solange man eine Arbeiterchaft mit derartigen Einrichtungen fördern kann, wird man von Lohnbewegungen verschont bleiben. Es fehle nur noch, daß man mittags beim Essen noch einen Choral singen lasse. Wie gut man es in Wirklichkeit mit den Beschäftigten meine, gehe daraus hervor, daß der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches laut Arbeitsordnung völlig ausgeschlossen sei. (Zuruf: Wer ihn beansprucht, fliegt raus!) Dann unterzog Rechner das Straffsystem einer scharfen Kritik und ebenso die Wirtschaftsverwaltung, die, wie ihm von vielen Seiten mitgeteilt, statt billige und gute, schlechte und teure Waren liefert. Die prächtige Zusammenfassung der im Betriebe gebildeten Kommissionen bürge dafür, daß immer das gemacht werden muß, was die Firma für richtig hält. Genau so sei es mit der Unterstützungs-kasse; nirgend seien wirkliche Rechte für die Arbeiter und Arbeiterinnen zu finden, sondern alle Be-

stimmungen gingen darauf hinaus, die Menschenwürde des einzelnen herabzudrücken. Es gilt nun, Aufklärung über die wahren Tatsachen zu schaffen und dafür zu sorgen, daß die Organisation weitere Fortschritte mache. In der Debatte ergänzte ein Betriebsarbeiter die Charakteristik des Herrn Unruh durch die Mitteilung, daß dieser ihm Prügel angeboten habe, zwei andre Arbeiter habe dieser Obermeister mit einer Eisenstange über den Kopf schlagen wollen und einem jungen Mädchen machte er das Anerbieten, ihm die Rippen im Leibe zu zerdrücken.

Bei einer solchen Veranlagung ist es vielleicht ratsamer, Herr Unruh tritt auf dem Wandsbeker Markt als Athlet auf! Der Aufforderung, sich zu organisieren, folgte eine große Anzahl der Anwesenden, so daß auch hier die Saat, die ungewollt die Firma gesät hat, aufgeht. Mögen diejenigen, die bereits zur Einsicht gekommen sind, festhalten am Verbands und für seine weitere Ausbreitung sorgen.

### An die Kollegen und Kolleginnen Herfords.

In der am 1. November stattgefundenen Mitglieder-versammlung wurde wiederum die Verlegung der regelmäßigen Versammlungen beantragt und nach langer Diskussion beschlossen, dieselben von jetzt ab alle 14 Tage Sonntags nachmittags 2 1/2 Uhr stattfinden zu lassen. Die nächste Versammlung findet somit am Sonntag, 14. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Wilh. Hillert, Brüderstraße, statt.

Kollegen und Kolleginnen! Der Vorstand hat in der letzten Zeit die Versammlungen an verschiedenen Tagen stattfinden lassen, um zu versuchen, den Besuch zu heben; leider ist dies bei der großen Trägheit eines großen Teils der Mitglieder nicht gelungen. Der Vorstand sah sich somit veranlaßt, die Frage nochmals besprechen zu lassen, und sind die Versammlungen jetzt so gelegt, daß es jedem möglich ist, zu erscheinen.

Die Organisation hat große Aufgaben zu erfüllen, eventuell schwere Kämpfe zu führen. Nehmt unser Verbandsorgan zur Hand und Ihr seht, daß allenthalben auch unsere engere Kollegenschaft daran ist, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern; das kann sie nur, wenn sie vorher in den Mitglieder-versammlungen sich über die einzuschlagenden Mittel und Wege verständigt hat, sich klar ist, um was es sich handelt, so daß nichts sie von dem gesteckten Ziele abbringt. Diese Erziehung ist nur möglich in den Versammlungen, wo durch aufklärende Vorträge jeder einzelne in seiner Ueberzeugung so gefestigt wird, daß er die Kämpfe um bessere Arbeitsbedingungen voller Zuversicht aufnimmt.

An dieser Stelle heute über Mißstände in den Betrieben, über zu lange Arbeitszeit, über zu wenig Verdienst zu klagen, wäre müßig; würden die Arbeitgeber darauf viel geben, so müßten in Herford schon längst bessere Verhältnisse herrschen. Wir sehen im Gegenteil, daß die Lohnverhältnisse noch nach unten revidiert und Abzüge an den Affordpreisen vorgenommen werden. Und dies angesichts der neuen enormen Belastungen durch die sogenannte Reichsfinanzreform mit ihren „Wohlthaten“ für die Arbeiterchaft! Fast der ganze Arbeitsverdienst wird vom Staate konfisziert, die Ernährung des einzelnen wird immer schlechter und obendrein die Arbeitszeit immer länger, weil eben das in der Fabrik Verdiente nicht ausreicht und viele noch die halbe Nacht mit Heimarbeit verbringen!

Kollegen! Stumpf sinnig und gedankenlos lebt Ihr meist dahin, wollt das Glend nicht sehen, schließt die Augen, um nicht dem bittenden und verlängenden Blick des Kindes zu begegnen, wenn Ihr des Abends nach Hause kommt. Und warum? Sagt es uns! Ihr könnt es nicht, weil Ihr nicht den Mut habt, es Euch selbst einzugehen.

Ermannet Euch aber endlich angesichts des ganzen Jammers! Heraus mit der Sprache, und wer ein ehrlücher Arbeiter, eine ehrlücher Arbeiterin ist, der schließt sich der Organisation an, damit diese am Orte so ausgebaut werde, daß wir durch sie kämpfen und unsre Rechte fordern können. Fünf Jahre lang ist nichts Ernstliches getan worden — eine Ewigkeit im wirtschaftlichen Kampfe! Deshalb: heraus aus Eurer Leihgarnie, heraus, wenn Ihr zu Versammlungen gerufen werdet, und hinein in den Verband! Die Zeit ist zu ernst, um träumen zu können.

Und unsern Mitgliedern selber rufen wir zu: Ihr habt die Pflicht, den andern mit gutem Beispiel voranzugehen; Ihr habt bis zum letzten Manne in den Versammlungen zu erscheinen, und wir verweisen Euch deshalb nochmals auf die nächste, am Sonntag, 14. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, stattfindende Versammlung.

### Zur Arbeitslage.

Die Anzeichen einer Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit mehren sich. Diese erfreuliche Wahrnehmung konnte auch im verflossenen Monat gemacht werden. Auf dem Rohlenmarkt wirkt namentlich die Lebhaftigkeit des Hausbrandgeschäfts, in der Eisen- und Metallindustrie ist in der Hoheisenherzeugung, den Walzwerken und Gießereien eine Besserung zu verzeichnen. Die Automobil- und elektrische Industrie waren gut beschäftigt, ebenso die chemische Industrie, das Bekleidungs-gewerbe und Buchdruck-gewerbe. Dagegen macht sich der herannahende Winter im Baugewerbe bemerkbar, und in den Brauereien und der Tabakindustrie war die Lage direkt ungünstig.

Die an das Kaiserlich Statistische Amt berichtenden Krankenkassen verzeichneten am 1. Oktober im Vergleich mit dem 1. September eine Zunahme der Beschäftigungsziffer um insgesamt 41 396 Personen. Die Berichte der Arbeitsnachweise für den Monat September lauten sehr günstig. Bei 672 Arbeitsnachweisen, die an das Kaiserlich Statistische Amt berichteten, fanden rund 261 000 Gesunden männlicher Personen 161 000 offene Stellen und 129 000 Vermittlungen gegenüber, während auf rund 64 000 weib-

**liche Arbeitsuchende 69 000 offene Stellen und 39 000 Vermittlungen entfallen.**

Bei den Sacharbeitsnachweisen der Wäder ist im Vergleich mit dem gleichen Monat des Vorjahres im September eine Abnahme der Arbeitsuchenden um zwei zu verzeichnen, während sich die offenen Stellen um 272 und die besetzten Stellen um 226 vermehrt haben. Bei den Sacharbeitsnachweisen der Konditionen trat dagegen eine Zunahme der Stellensuche um 23 ein, während die Stellenangebote um sieben abgenommen haben.

Insgesamt sind bei den Nachweisen 8610 Arbeitsuchende, 6276 Stellenangebote und 5905 Vermittlungen gebucht worden. Auf je 100 offene Stellen kamen 187,2 Arbeitsuchende gegen 146,1 im Vormonat. Die Lage hat sich danach auch für unsern Beruf in ganz bemerkenswertem Maße verbessert.

Nachfolgende Tabelle zeigt wieder, wie sich die Vermittlungstätigkeit in den einzelnen Landesteilen gestaltete:

Staat oder Landesteil	Zahl der			Auf jede	
	Arbeitsuchenden	offenen Stellen	besetzten Stellen	Stelle kamen im Vormonat	im Vormonat
<b>Ost- und Westpreußen</b> .....	27	10	10	2,70	1,10
Berlin.....	2764	2567	2553	1,07	1,14
Provinz Brandenburg.....	130	96	92	1,35	1,30
Pommern.....	123	115	115	1,07	1,22
Posen.....	104	87	84	1,20	1,19
Schlesien.....	310	268	259	1,16	1,04
Sachsen.....	191	173	161	1,10	1,35
Schleswig-Holstein.....	126	48	42	2,63	3,19
Hannover.....	180	126	124	1,42	1,42
Westfalen.....	449	98	67	4,58	4,12
Hessen-Nassau.....	43	13	9	3,33	11,00
Rheinland.....	208	55	35	3,79	3,31
<b>Königreich Bayern</b> .....	989	410	362	2,41	2,72
Sachsen.....	995	806	797	1,11	1,30
Württemberg.....	241	179	118	1,35	1,62
<b>Großherzogtum Baden</b> .....	538	210	149	2,55	2,29
Hessen.....	100	80	68	1,25	1,67
<b>Andere kleine Bundesstaaten</b> .....	20	6	1	3,33	1,66
<b>Hamburg</b> .....	665	662	662	1,00	1,07
<b>Elb-Lothringen</b> .....	408	267	202	1,58	1,63

Im Vergleich mit dem Vormonat sind die Verhältnisse in Posen und Hannover gleich geblieben.

In Brandenburg, Schlesien, Westfalen, Rheinland und Baden hat sich die Zahl der Arbeitsuchenden vermehrt, nachdem in allen diesen Staaten im Monat zuvor eine Verringerung eingetreten war; in Berlin, Pommern, Provinz und Königreich Sachsen, Bayern, Schleswig-Holstein, Württemberg, Hessen, Hamburg und Elb-Lothringen hat sich die Zahl der Arbeitsuchenden gegenüber dem Vormonat verringert.

Soweit Berichte über die Arbeitslage von einzelnen Arbeitsnachweisen vorliegen, lauten sie durchweg günstig. Öffentlich bleibt das so!

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Bremen.** Eine am 7. November im Gewerkschaftshaus abgehaltene Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit dem Thema: „Lohnbewegung“. Nach dem eingehenden Referat des Vorsitzenden C. Rassen, das von der gut besuchten Versammlung mit großem Beifall aufgenommen wurde, gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heute, am 7. November 1909, im Gewerkschaftshaus tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Wäder- und Konditionenverbandes in Bremen ist einmütig der Ansicht, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bremer Wädergesellen dringend einer

Aufbesserung bedürfen. Von dieser Ansicht ausgehend, verpflichten sich die Mitglieder, alles daranzusetzen, um eine noch weitere Stärkung der Organisation herbeizuführen und so, gestützt auf eine geschlossene Einheit, den Kampf um Aufbesserung der Lebensbedingungen aufzunehmen.“ In der Diskussion sprachen einige Kollegen im Sinne des Referenten. Vom Kollegen Nieper wurde auf die in diesem Monat stattfindende Gesellenausschlußwahl hingewiesen und die Versammlung aufgefordert, alles daranzusetzen, damit unsere Kandidaten gewählt werden; dann können wir, gestützt auf eine gute Grundlage, den Kampf mit der Innung mit Erfolg aufnehmen.

**Bremerhaven.** Am Mittwoch, 3. November, abends 8½ Uhr, fand hier eine Versammlung des „Lohd“-Rüchenspersonalvereins statt, zu welcher auch der Vorsitzende der Sektion der Seefahrenden Wäder und Konditionen Hamburgs eingeladen war. Die Versammlung war von circa 30 Personen, darunter auch einzelne Schiffsbäder vom „Lohd“, besucht. Beim Vorlesen des Protokolls der letzten Versammlung wurde auch ein Schreiben der Hamburger Seefahrenden Wäder und Konditionen vorgelesen. Außer dem „Lohd“-Rüchenspersonal waren noch anwesend der Vorsitzende unserer Bremerhavener Zahlstelle, Kollege Loger, sowie der Schriftführer Wulf, welche auch früher mehrere Jahre als Wäder gefahren sind. Kollege Loger hielt einen längeren Vortrag über die moderne Gewerkschaftsbewegung, und Wulf regte an, daß sich der Lohd-Rüchenspersonalverein eventuell später dem Verbands in corpore anschließen möchte, ein Vorschlag, der auch gutgeheißen wurde. Der Vorsitzende der Hamburger Sektion der Seefahrenden sprach sich über Zweck und Ziel solcher Sektionen aus. Er schilderte weiter die Position der ersten Wäder und ersten Konditionen, zeigte, welche große Verantwortung diese an Bord der großen Passagierdampfer haben und was für eine geringe Feuer, die in keinem Vergleich zu den Leistungen steht, diese selbständigen Betriebsleiter erhalten. Er wies ferner darauf hin, daß die Bundesratsverordnung für die Wäder an Bord keine Gültigkeit hat, wie miserabel die Schlafstellenverhältnisse in jeder Beziehung sind und daß die ersten Wäder und ersten Konditionen sogar noch unter dem zweiten Koch stehen. Arbeitszeit, Behandlung und Stellenvermittlungspraktiken erfuhr eine scharfe Kritik.

Seefahrende Kollegen Bremerhavens! Es ist jetzt eure dringende Pflicht, Euch zu entscheiden! Wollt Ihr den „Lohd“-Rüchenspersonalverein oder die Sektion der Seefahrenden Wäder und Konditionen Hamburg-Bremen, welche gleichfalls den sämtlichen an Bord in Wäderei, Konditoren und in der Küche beschäftigten Kollegen Aufnahme gewährt, zur Vertretung eurer Interessen wählen? Nur die Sektion der Seefahrenden Wäder und Konditionen, die dem großen deutschen Wäder- und Konditionenverbande angehört, ist imstande, Euch wirtschaftliche Vorteile zu erkämpfen, und deshalb ist es die erste Pflicht auch der Bremer Schiffsbäder, sich unserer Mitgliedschaft Bremerhaven-Seestemünde als Sektion anzuschließen.

Im Anschluß an diesen Bericht fordert die Organisationsleitung aber auch alle Kollegen, welche, wie es oft vorkommt, nur kurze Zeit auf See fahren und dann in Amerika oder einem sonstigen überseeischen Staate Aufenthalt nehmen wollen, auf, unbedingt vor ihrer Abreise bei der deutschen Verbandsleitung ordnungsgemäß abzumelden, damit sie sich an ihrer neuen Wirkungsstätte ohne weiteres wieder der dortigen Organisation anschließen können. Die Kollegen behüten sich dadurch nur selber vor großem Schaden, da sie sonst in der Regel dort sehr hohe Eintrittsgelder in die Organisationen zu zahlen haben; als Nichtmitglieder aber schwer eine Existenz finden! Das gilt natürlich auch für alle Kollegen, die bloß als Reisende ins Ausland gehen. In Zukunft werden wir ferner von Zeit zu Zeit die Adressen der örtlichen Verwaltungen in den überseeischen Hafenstädten, vor allem die der besonders in Frage kommenden Lokalunionen in New York, sowie die empfehlenswerten Verfehrslokale in unserm Matze bringen, damit die abreisenden Kollegen einen Wegweiser in Händen haben.

**Frankfurt.** Am 2. November fand hier eine öffentliche Versammlung statt. Kollege Wittner sprach über: „Der Kampf der Gehilfen um ihre Existenz und welchen Einfluß übt die gegenwärtige Umwälzung auf das Gewerbe aus.“ Mit sichtlichem Interesse folgten die Kollegen den Ausführungen. Alle waren darin einig, daß das wirksamste Kampfmittel unserer Arbeitgeber darin liegt, die Gehilfen von den Versammlungen fernzuhalten. Deshalb müssen wir auch zu den Kollegen hingehen, müssen von Mund zu Mund Aufklärung verbreiten. Wenn jeder von uns dieser Verpflichtung nachkommt und jetzt mehr als früher sich an der Agitation beteiligt — nicht nur, wenn eine Versammlung vor der Tür steht! —, dann werden wir bald eine Zahl Streiter wieder beisammen haben und jederzeit gerüstet dastehen. Auch in gefelliger Beziehung werden wir dann für die Kollegen leicht etwas unternehmen können. Beherzigen wir, daß, wenn wir im Kampfe siegen wollen, auch selbst arbeiten und kämpfen müssen. Geschichte dieses seitens der Frankfurter Kollegen, dann wird die Unterstützung seitens der Bezirksleitung und des Kartells nicht fehlen! Deshalb, Kollegen von Frankfurt! Auf! An die Arbeit — es muß gelingen, hier schneller vorwärts zu kommen!

**Königsberg.** Am 27. Oktober fand in Königsberg in der „Löbn. Bürgerhalle“ eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Liescher-Hamburg über: „Die soziale Rückständigkeit unserer Gegner“ referierte. Liescher erlebte seinen Vortrag in spannender Weise. Ferner wurde der Raubzug der Königsberger Wäderrinnung auf unsere Ortskrankenkasse einer Diskussion unterzogen. Die Innung beabsichtigt nämlich, eine Krankenkasse zu gründen, um somit die Ortskrankenkasse zu schädigen. Von seiten des Vorsitzenden wurde an die Anwesenden ein scharfer Appell gerichtet, ihr möglichstes zu tun, um dieser Ueberumpelung gewachsen zu sein. Der Mitgeselle (vom Bunde) hatte noch keinen blaffen Schimmer, wie er diesem Vortat entgegenzutreten könne; er versprach aber, auch seine Anhänger mobil machen zu wollen, um diesen Schlag gegen die Gehilfen abzuwehren zu helfen.

**Paffau.** Eine gut besuchte Wäderversammlung fand am 22. Oktober in der Dieboldschen Wirtschaft statt. Lantes sprach über das Thema: „Der Kampf der Wädergesellen um ihre Existenz und welchen Einfluß übt die wirtschaftliche Umwälzung auf das Gewerbe aus?“ Der lebhafteste Beifall bewies, daß der Referent den anwesenden Kollegen aus der Seele gesprochen hatte. Nur der unvermeidliche Hansbauer fühlte sich bemühtigt, die neuen Steuern zu verteidigen und wollte den Kollegen begreiflich machen, daß die Mehrausgaben ganz harmlos seien und für den Haushalt des Arbeiters kaum in Betracht kämen. Dieses Geschwafel des sonderbaren Arbeitervertreter schien selbst seinen Organisationsfreunden zu dumms zu sein; denn sie hatten für diese Ausführungen nichts als ein mitleidiges Lächeln. Lantes war es ein leichtes, den christlichen „Arbeiterfreund“ gehörig zuzubeden, durch reichhaltiges Material die ungeheuer schädigende Wirkung der neuen Steuern auf die Lebenslage der Arbeiter nachzuweisen und das arbeiterfeindliche Verhalten der „christlichen Gewerkschaftsführer bei Lohnkämpfen usw.“ zu gesehn. Solche Führer, die ihre Anhänger dem Unvernünftigkeit als Schutztruppe zur Verfügung stellen, haben alles Recht vermisst, von charaktervollen Arbeitern ernst genommen zu werden. Die Wirkung der Schlüsselausführungen des Kollegen Lantes zeigte sich am besten darin, daß sofort mehrere Kollegen unserm Verbands beitraten. Mit einem kräftigen Appell, jederzeit die Interessen des Verbandes energisch zu wahren, wurde die schön verlaufene Versammlung geschlossen.

**Weslar.** Netze Zustände brachte eine hier am 26. Oktober stattgefundene Wädergesellenversammlung, in der Kollege Ostermann aus Frankfurt anwesend war, ans Tageslicht. Es genügte den Herren Wäderrmeistern nicht, ihren Gesellen zu verbieten, in die Versammlung zu gehen, sondern es wurden auch dem Einberufer von einigen der Eintritt zu den Gehilfen in der Wäderei verweigert. We-

## Der Handel.

Kulturhistorische Skizze von Edmund Schröpel.

(Nachdruck verboten.)

Der Handel, das heißt ein freier, blühender Handel, der vom Patriergerichte nicht befangen und von jeder Zollpolitik uneingeschränkt ist, war und bleibt für die Kultur-entwicklung von großer Wichtigkeit. Die Geschichte erbringt den Beweis dafür, daß das Fortschreiten der Kultur mit dem Handel im engsten Zusammenhange steht.

Die ältesten Handelsvölker waren die Phönizier und Karthager. In dem gebirgigen Küstenreich nordwestlich von Palästina war das kleine Volk der Phönizier einerseits durch die Unfruchtbarkeit seines Bodens, andererseits durch die günstige Lage auf Handel und Schifffahrt angewiesen. Ihre Karavananen gingen gegen Süden nach Ägypten, Arabien, dem Stapellande der indischen Waren, und bis nach Indien selbst, gegen Osten nach Palästina, Syrien und Babylonien, gegen Norden nach Armenien und kaukasischen Ländern. Zur See trieben die Phönizier besonders mit ihren Kolonien an den Küsten des Mitteländischen Meeres, jedoch auch nach Ägypten und Griechenland Handel, und außerhalb der Säulen des Herkules führten sie nach den Binninseln, auch nach der Bernsteinküste. Sie besaßen das Perische Meer, an welchem zwei mit Arabus und Thrus gleichnamige phönizische Städte lagen, und führten auf dem Arabischen Meerbusen nach Ophir. Eingetauscht wurden die Produkte aller dieser Länder teils gegeneinander, teils gegen die Erzeugnisse der eignen Industrie. Wie verhältnismäßig groß die Kultur der Phönizier aber war, das beweist ihre Erfindung der Buchstabenschrift und der Münzen genügend, wodurch sie auf alle Völker des Altertums einen unberechenbaren Einfluß ausgeübt haben.

Der Handel Karthagos, welcher den Phöniziern seine Gründung verdankt und dessen Gebiet hauptsächlich den blühenden Küstenstrich des heutigen Tunis umfaßte, bestand ebenfalls im Land- und Karavananenhandel nach dem inneren Afrika und im Seehandel nach den in strengster Abhängigkeit gehaltenen Kolonien, nach Thrus, der späteren Hauptstadt Phöniziens (denn die älteste war Sidon), nach Italien, namentlich Latium, nach der Westküste Afrikas und

gleichfalls nach den Binninseln und der Bernsteinküste. Wie reich und mächtig die Karthager gewesen, ersehen wir unter anderm daraus, daß einst ihre Gesandten darüber spotteten, daß sie in Rom in jedem Hause, in dem sie eingeladen gewesen waren, daselbe Tafel Silber gefunden hatten und daß die Karthager es wagen konnten, sich mit den Römern in einen Krieg einzulassen, in dem sie zwar schließlich unterliegen mußten, doch aber bis ante portas Roms vordringen waren.

Bei den Ägyptern, diesem alten Kulturvolke, ist der Handel im Lande selbst sehr lebhaft gewesen, ja, sie müssen sogar, wie aus ihren Denkmälern hervorgeht, eine Art Buchführung gekannt haben. Nur hat sich der Verkehr mit dem Auslande wegen vorherrschender Abneigung dieses eigentümlichen Volkes gegen das Ausland sowie gegen Seefahrten auf den Passivhandel beschränkt. Besonders waren es ihre starren Religionsvorschriften, die diese Vorurteile gegen alles Fremde nährten. Dies mußte natürlich die Kultur bald sinken lassen.

Die Griechen, doch nur die, welche in den binnländischen, wenig Kultur besitzenden Staaten wohnten, betrachteten den Landbau, das Handwerk und auch den Handel. Sie überließen zumeist Ackerbau, Gewerbe und Handel den Sklaven, sie selbst genossen nur die Früchte jeglicher Arbeit. In den seeländischen Staaten dagegen herrschte eine ziemliche Gemerbstätigkeit. Deren Einwohner trieben bereits in der Zeit der Heroen Schifffahrt und ausgebreiteten Seehandel meist mit Naturprodukten. In dem Zeitraum von den Perserkriegen an bis zur Vernichtung der Unabhängigkeit der Griechen durch die Schlacht bei Chäronea 490 bis 338 v. Chr. erhielt der Handel namentlich durch die Athener und Korinther noch größere Ausdehnung und Lebhaftigkeit. Er dehnte sich bis nach Kleinasien, Saurien und dem westlichen Weltmeere aus. Doch jetzt waren es schon eigne Erzeugnisse, wie Metallarbeiten, irdene Gefäße, Salben und Zeuge, mit denen Handel getrieben wurde. Später erweiterten die Siege Alexanders des Großen den griechischen Handel noch mehr und es wurden zur Zeit der mazedonischen Herrschaft Alexandria und Rhodus die Haupthandelsplätze, dann kamen Korinth, Ephesus, Antiochia und dessen Hafenstadt Seleucia. — In Griechenland war Eisen das früheste allgemeinste Zahlungsmittel

und hat sich namentlich in Sparta, wo man geflissentlich die niedere Kultur zu erhalten suchte, dieselbe auch in diesem Punkte am längsten behauptet. Die ersten Kupfermünzen sind kurz vor Philippus, dem Vater Alexanders, geprägt worden.

Den Römern ging das Kriegshandwerk über alles. Somit entwickelte sich der Handel wenig oder gar nicht, was sich aus den Rechtsbüchern Justinians erkennen läßt. Zur Zeit Catos gab es im römischen Staate fast noch gar keine Wege und Landstraßen. Die Stadt Rom war von einer Menge von Gehöften umgeben, welche von den angesehensten Bürgern bewohnt wurden. Märkte waren daher in Rom unumgänglich notwendig; sie fanden seit uralter Zeit an jedem neunten Tage statt und wurden daher nundinae genannt. Anfänglich handelte man mit Sklaven und dann mit Kindern, überhaupt mit Haustieren. Wie beengt in den ersten Zeiten Roms der ganze Verkehr sein mußte, beweist, daß derselbe nur unter civis romani stattfinden durfte und jeder Verkauf feierlich vor fünf Zeugen und einem sechsten, welcher die Geldwaage gehalten, vor sich gehen durfte. Ursprünglich war der Handel bei den Römern, wie bei allen Völkern, Tauschhandel im engeren Sinne, dann wurde rohes Metallgeld (Kupfer) eingeführt, darauf den Stücken rohen Metalls ein bestimmtes Gewicht gegeben und schließlich wurden sie geprägt. Das erste geprägte Geld soll sogar schon durch Servius Tullius eingeführt worden sein, die ersten Silbermünzen sollen im Jahre 269 v. Chr. und die ersten Goldstücke im Jahre 197 v. Chr. aufgefunden sein.

Im Mittelalter ziehen in der ersten Zeit die Städte der arabischen Halbinsel unsere Blicke auf sich, namentlich Mekka und Medina am Arabischen Meerbusen, Aden und Mokka an der Küste von Yemen. Diese Städte machte ein ausgebreiteter Handel reich und mächtig. Auch unter den Chalifen hat Landbau, Kunstfleiß und Handel in Persien, Syrien, Nordafrika und Spanien lange Zeit geblüht. Durch die Messen zu Ocah sind uns auch die vorzüglichsten Dichtungen der dahin gekommenen Araber erhalten worden, indem dieselben in goldenen Lettern an den Wänden des Tempels aufgehängt wurden. Dadurch sind die Namen eines Tarafa, Amru-ben-Relthum, Bohair, Sebib, Antar und Gureh zu uns gelangt.

sonders Herr Schmitz, Langgasse, glaubte es nicht mit seinem Gewissen in Einklang bringen zu können. Herr Ruh, Schmiedgasse, erklärte, seine Gefellen seien im Bunde und Verbandsbrüder lasse er nicht hinein. In wie frivoler Weise das Koalitionsrecht der Bäckergehilfen missbraucht gemacht wird, zeigte ein Fall, den Herr Neuschling, Buttermarkt 1, ausübte. Dem dort beschäftigten Kollegen wurde bei seinem Eintritt zur Pflicht gemacht, aus dem Verbands auszutreten und dem gelben Bruderverein beizutreten, andernfalls er ihn nicht einstellen könne. Als ein schlagfertiger Prinzipal wurde der Bäckermeister Euder, Bahnhofsstraße, angeführt. Nicht genug damit, daß er vor einiger Zeit erst vom Gericht wegen Mißhandlung seines Lehrlings zu M 100 Geldstrafe verurteilt wurde, sondern auch ein weiterer Fall ereignete sich aus Anlaß des gelben Bädertranzschens, welches Anfang September abgehalten worden war. Der bei ihm beschäftigte Gelbe wollte sich zur Feier des Festes einen Gehrod zulegen. Nun hatte Herr Euder gerade noch einen abgelegten Gehrod übrig, derselbe wurde anprobiert, der Kaufvertrag abgeschlossen und stolz wie ein spanischer Grande zog der Gehilfe nun zum gelben Feste. Doch nicht lange dauerte dieses schöne Verhältnis zwischen Meister und Gehilfen. In einer darauffolgenden Nacht gingen die Meinungen der beiden auseinander und die Folge war, daß der gute Meister seinen schwächeren Gehilfen tüchtig durchblaute und derselbe mit samt dem schönen abgelegten Gehrod aufs Pflaster slog. Nun sollte man glauben, daß solche Fälle den Gehilfen allesamt die Augen öffnen würden, doch weit gefehlt. Nach wie vor lassen sich diese Nachkommen von ihren Arbeitgebern am Pöbel führen und üben sich im Denunzieren und in Unterwürfigkeit, lauter gute Eigenschaften, nach Ansicht dieser gelben Bundeshüter. Obwohl die Weßlaxer Bäckermeister die Bestrebungen der Arbeiter bekämpfen, verkaufen sie aber doch gern Brot und Backwaren an diese. Wir empfehlen aber der Arbeiterschaft von Weßlar und Umgegend, einmal alles gekaufte Brot auf das Gewicht zu prüfen; es hat sich nämlich herausgestellt, daß trotz der hohen Brotpreise es in manchen Bäckereien den polizeilichen Vorschriften nicht entspricht. Nun, die Arbeiterschaft von Weßlar wird jedenfalls hieraus ihre Schlüsse ziehen und danach handeln. Es ist aber vor allem auch Pflicht unserer organisierten Kollegen, sich fester zur Fahne des Verbandes zusammenzuschließen, damit auch in Weßlar endlich einmal mit allen rückständigen Elementen im Bäderhandwerk ein ernstes Wortlein geredet werden kann. Deshalb Kollegen, wachet auf, agitiert und organisiert!

### Gewerbegerichtliches.

**Keine beharrliche Dienstverweigerung im Sinne des § 123 Abs. 3 der Gewerbeordnung!** Der Bäckermeister G. in Sträßburg war bei dem Bäckermeister Leppert in Hühnheim in Stellung. Mit seinem Nebenkollegen hatte er ständig Streit, welcher auch in Tätlichkeiten ausartete. Da G. der Schwächere war, unterlag er hierbei immer. In einem Sonntag kam es wiederum zu Tätlichkeiten. G. kam darauf am Abend nicht mehr zur Arbeit, sondern ging erst Tags darauf zum Meister Leppert und forderte die Entlassung des andern Gehilfen, weil er mit diesem nicht mehr weiterarbeiten könne. Leppert entließ nun aber den G. sofort, weil er die Nacht nicht zur Arbeit erschienen war. Er behielt ihm auch noch M 11 von dem verdienten Lohn ein als Schadenersatz, weil G. die Nacht nicht zur Arbeit erschienen war. Seitens des letzteren wurde nun Klage beim Amtsgericht Schlichtheim erhoben. Hier suchte Herr Leppert die sofortige Entlassung und seinen Schadenersatzanspruch zu rechtfertigen, indem er ausführte: Durch das Wegbleiben des G. in der einen Nacht sei ihm ein Schaden in Höhe von M 11 entstanden. Er habe nämlich mit dem zweiten Gefellen allein baden müssen. Infolgedessen habe er nur drei statt vier Defen voll baden können. Dieser Schaden sei auf M 8 anzuschlagen. (Das soll kein Verdienst sein. Damit

wäre ja das alte Märchen glänzend widerlegt, daß die Meister keine höheren Löhne zahlen können. Leppert läßt täglich von zwei Arbeitern viermal baden. In jedem Ofen verdient er M 8, sind also M 32. Das wäre ein ganz erklecklicher Reingewinn, den Herr Leppert mit Nichtstun verdient. D. B.) Für seine (des Herrn Leppert) Tätigkeit rechne er M 8. Er habe deshalb M 11 vom verdienten Lohn abgezogen. Die Entlassung sei mit Recht erfolgt, da der Kläger seinen Dienst in der fraglichen Nacht nicht versehen habe. Der Kläger bestritt das Recht des Beklagten zur sofortigen Entlassung. Er bestritt auch den vom Beklagten behaupteten Schaden.

Das Amtsgericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung der M 11 Restlohn und billigte dem Kläger auch den Schadenersatzanspruch wegen kündigungloser Entlassung zu. In den Urteilsgründen heißt es wie folgt: „Der Beklagte hat bei seiner Kündigung die einwöchige Kündigungsfrist nicht eingehalten. Ein Recht zur sofortigen Kündigung stand dem Beklagten nicht zu, da § 123 Ziffer 3 der Gewerbeordnung voraussetzt, daß eine beharrliche Arbeitsverweigerung vorliegt. (Siehe H. Landmann, Kommentar.) Nach § 124 der Gewerbeordnung kann der Kläger daher ohne weiteres für eine Woche nach der Entlassung den ortsüblichen Tageslohn verlangen.“

### Gewerkschaftliche Rundschau.

**Die Aussperrung der Mühlenarbeiter von Mittelfranken** ist durch die Bemühungen des Gewerbegerichts und des Fabrikinspektors erledigt worden. Das Gewerbegericht, das als Eingangsamt angerufen wurde, fällt einen Schiedspruch, den beide Teile annehmen. Die Arbeit wurde Montag, den 8. November, wieder aufgenommen.

**Vom Mansfelder Kriegsschauplatz.** Der Streit im Mansfelder Bergrevier dauert ununterbrochen fort. Ein neuer Versuch der streikenden Arbeiter, den Frieden herbeizuführen, scheiterte an dem Widerstande der Direktion. Diese besteht auf ihrer Forderung der Entäufung des Koalitionsrechts seitens der Arbeiter. Sie fordert als Bedingung des Friedensschlusses, daß die Arbeiter ihre Verbandsarten zerreißen sollen. — Eine freiere Verhöhnung der Arbeiterrechte ist kaum denkbar. Mit vollem Recht wirft die „Hilfe“ demgegenüber die Frage auf, „wie lange soll aber nach der Krieg wegen der intransigenten Haltung eines einzelnen Verwaltungsbeamten dauern?“ Die Haltung dieses Beamten, des Direktors Vogelgang, ist nicht nur intransigent, sondern sie zeugt von einer flagranten Unfähigkeit, einen modernen Industriebetrieb mit zwanzigtausend Arbeitern zu leiten. Dieser Herr, der das moderne Arbeitsverhältnis vom Standpunkt des Reserveoffiziers betrachtet und von den Arbeitern fordert, sie sollen ihn gewissermaßen als König anerkennen, hat durch seine „Schneidigkeit“, die die Unfähigkeit verdecken soll, den erbitterten Kampf heraufbeschworen. Ihm ist das Gesetz, das die Koalitionsfreiheit in Deutschland festlegt, gleichgültig; wie ein absoluter König will er selbst Gesetze machen. Und so fordert er in seiner Ueberhebung die Vernichtung der Mitgliedsarten.

Unter der Arbeiterschaft beginnt nunmehr eine systematische Abwanderung Platz zu greifen. Bei der Streikleitung sind günstige Arbeitsangebote, als sie die Mansfelder Gewerkschaft bietet, eingelaufen. Die unbefriedigten Arbeiter wollen diese akzeptieren und im Laufe der kommenden Woche abwandern, falls eine Einigung zuvor nicht zustande kommt. Dadurch werden zunächst circa 1000 Arbeiter das Mansfelder Revier verlassen. So verlieren die Gruben ihre jüngeren, leistungsfähigsten Arbeitskräfte.

Eigenartig berührt das Verhalten der Stadt Leipzig, die einer der Hauptstationäre der Mansfelder Bergwerke ist. Die Stadtverwaltung hat eine Interpellation der Sozialdemokraten abgelehnt, die ein Eingreifen des Leipziger Oberbürgermeisters forderte. Der Oberbürgermeister ist Vorsitzender des Aufsichtsrates der Mansfelder Gewerkschaft,

er ist also mitverantwortlich für die jetzigen Zustände und die Angriffe auf das Koalitionsrecht der Arbeiter. Die Stadtverwaltung erklärt indes, diese Tätigkeit des Oberbürgermeisters sei eine private, sie könne dabei nichts tun. Und der Oberbürgermeister selbst — Schweg. Das ist überaus bezeichnend für die Auffassung der Pflichten der Leipziger Stadtverwaltung als Verwalterin des Vermögens der städtischen Bevölkerung.

**Zentrale Vertragsverhandlungen in der Holzindustrie.** Am 26. Oktober trat in Berlin eine Konferenz zusammen, an der Vertreter des Arbeiterschutzbundes für das deutsche Holzgewerbe, des Deutschen Holzarbeiterverbandes, des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter und des Hirsch-Dunderischen Gewerkschaftsbundes der Holzarbeiter teilnahmen. Gegenstand der Verhandlungen waren die im nächsten Frühjahr ablaufenden Verträge. Ein Resultat hat diese erste Zusammentkunft nicht ergeben, doch besteht die Geneigtheit auf beiden Seiten, die Verhandlungen fortzusetzen.

**Internationale Solidarität.** Die Schriftseher-Union Nr. 6 von der Stadt New York ist, wie sie selbst schreibt, eine der amerikanischen Vereinigungen, welche den Wert eines besseren Einvernehmens zwischen der organisierten Arbeiterschaft der Welt voll und ganz würdigen weiß. Im vergangenen Januar ersuchte sie die Arbeiter Europas um ihre Unterstützung in ihren Bestrebungen, die Butterick Publishing Company, die Herausgeber von Mode-Zeitschriften und Kleidermustern, zu überzeugen, daß es von Vorteil für sie sein würde, ihren Arbeitern eine angemessene Behandlung zuteil werden zu lassen, und diese Beihilfe seitens der europäischen Arbeiterschaft hat sich als sehr wertvoll erwiesen. Aber das angestrebte Endziel ist bis jetzt noch nicht erreicht worden. Die Butterick Publishing Company beharrt immer noch in ihrer der Union feindlichen Haltung, und der Kampf muß unentwegt in jedem Lande fortgesetzt werden, wo die „Scab“-Muster verkauft werden.

Es scheint, als ob die Frauen der Arbeiter dem damaligen Ersuchen nicht die nötige Beachtung schenken. Die Muster und Mode-Zeitschriften haben ausschließlich Interesse für das weibliche Geschlecht, und alle unsere Freunde sollten es sich zur Pflicht machen, die Aufmerksamkeit aller ihrer weiblichen Verwandten und Freunde auf diesen Artikel zu lenken und sie zu bitten, die Nichtunion-Fabrikate nicht zu kaufen.

Es wird deshalb noch einmal ganz besonders darauf aufmerksam gemacht, daß gute Papier-Muster und Mode-Zeitschriften auch aus anderen Bezugsquellen wie die der Butterick Company zu erhalten sind, und daß, wer der Arbeiterbewegung gegenüber seine Pflicht tun will, darauf achten soll, daß die „Moden-Revue“, „Buttericks Moden der Hauptstädte“, „Buttericks Moden-Album“ und die Papier-Schnittmuster der Butterick Company keinen Eingang in seinem Heim finden, da sie von Streikbrechern hergestellt werden.

**Der amerikanische Gewerkschaftskongress.** Die Jahresversammlung der „American Federation of Labor“ findet vom 8. November ab in Toronto (Kanada) statt. Die diesjährige Tagung steht, wie der Präsident Gompers in der offiziellen Einberufung sagt, im Zeichen ganz außergewöhnlichen Interesses. Er verweist dabei auf die Beratung über eine engere Fühlung und Verbindung mit den Gewerkschaften Europas. Einige weitere Fragen jedoch werden zweifelsohne nicht minder dem Kongress besondere Bedeutung geben, und zwar zunächst die Stellungnahme zur Politik. Der Staatsverband der Gewerkschaften in Ohio, einer der bedeutendsten Teile der American Federation of Labor, wird den Antrag unterbreiten, daß die Gewerkschaften bei allen Wahlkampagnen als völlig unabhängige Arbeiterpartei auftreten sollen. Ferner hat sich ein Streit über die Zulassung der einen oder andern Gruppe des zersplitterten Elektrikerverbandes durch das schroffe Vorgehen der Zentralinstanz des Gewerkschaftsbundes zugunsten des einen Teils sich in letzter

Die romanisch-germanischen Völker hatten anfänglich, auf ihrer niederen Kulturstufe eine große Verachtung gegen den Handel und ließen ihren Binnenverkehr meistens durch Juden betreiben. Die Unsicherheit der Straßen, die schlechte Beschaffenheit der Wege und die Unvollkommenheit der Transportmittel hinderten jeden Aufschwung. Der Handel mit dem Orient sah sich bis zu den Zeiten der Kreuzzüge gezwungen, den Umweg durch Russland zu machen, da der gegenseitige Haß zwischen Lateinern und Griechen und die Sperrung des Mittelmeeres durch die Sarazenen die direkte Verbindung abgeschnitten hat. Die Kreuzzüge öffneten erst den eigentlichen Handelsweg zwischen Osten und Westen wieder und machten den Handel lebhafter, indem sie nicht allein den Luxus und das Verlangen nach den Waren des Morgenlandes steigerten, sondern auch auf manche Straßen aufmerksam machten, welche früher gar nicht oder selten benutzt worden waren. Seit den Kreuzzügen wurde z. B. auch der Seidenbau, der sich von Griechenland aus über Italien und Frankreich verbreitete, und der Seidenhandel somit für viele Gegenden die Quelle eines großen Wohlstandes. Es erhoben sich allmählich die freien Städte und errangen in Deutschland, England, Frankreich und Spanien auf ähnliche Weise wie in Italien, wo ihre Bildung schon unter den ersten Nachfolgern Karls des Großen begonnen hatte, eine selbständige Regierung. Die bedeutendsten italienischen Seestädte waren Venedig, Genua und Pisa, welche durch die Verbindung mit Griechenland und Arabien und durch letzteres mit Indien die Hauptniederlagen der kostbarsten Produkte wurden.

Allmählich blühte dann der Handel und mit diesem die Kultur der deutschen Städte, welche die von den Italienern aus dem Orient geholten Waren über das ganze mittlere und nördliche Europa verbreiteten. Dieser Wohlstand des äußeren und inneren Handels hatte das bisher unbekannte Geschäft des Geldhandels zur Folge, welches den Verkehr erleichterte und selbst die Fürsten und Könige in ihren Geldbedürfnissen von den reichen Kaufleuten abhängig machte. Die zunehmenden Reichtümer gaben den Städten die Mittel, sich eine immer größere Unabhängigkeit zu verschaffen, indem sie ihren Herren allmählich alle Hoheits-

rechte abkauften; auch wurden sie von den Königen und Landesherren mit mancherlei Privilegien, z. B. dem Stapelrecht (von Heinrich I.), welches die Bildung größerer Plätze, die für den Handel so notwendig sind, beförderte, und mit der Zoll- und Bodenfreiheit ausgestattet. Den Höhepunkt des Gedeihens erreichte das städtische Gemeinwesen durch die Verbindung der einzelnen Städte zum Schutze adeliger Raubsucht, zur Erweiterung ihrer Privilegien und zur schiedsrichterlichen Ausgleichung ihrer Streitigkeiten. Von diesen Verbindungen zeigten sich die ersten Spuren während der Regierung Friedrich II. 1215 bis 1250, und als ihre wichtigste ist die Hanza zu nennen. Es war im Jahre 1241, als Hamburg und Lübeck die erste Hanza schlossen und im Jahre 1300 traten ihr schon 60 Städte bei, unter welchen Köln, Amsterdam, Bremen, Magdeburg, Danzig und Riga die bedeutendsten waren. Sie hatten großartige Faktoreien mit ungeheuren Warenvorräten zu London, Brügge in den Niederlanden, zu Novgorod in Rußland und zu Bergen in Norwegen. Dreihundert Jahre lang behaupteten sich diese deutschen Kaufmannskolonien trotz aller Kämpfe, trotz aller Feindschaften der fremden Nationen, besonders der Russen, auf deren Grund und Boden. Erst im Jahre 1630 unterlag die alte Hanza, die morsch und faul geworden. Der letzte Bundestag wurde in Lübeck abgehalten; daselbst sagten sich sämtliche Städte von dem alten Hanfabund los, außer Hamburg, Bremen und Lübeck, die einen neuen Bund schlossen.

Die Entdeckung des Seeweges nach Ostindien und der westlichen Halbkugel schuf am Ende des Mittelalters einen neuen Weltmarkt. Die Anwendung der Magnetnadel — eine Erfindung des 11. Jahrhunderts zwar, die aber erst seit dem 14. Jahrhundert benutzt wurde — das sorgfältigste Studium der Winde und Seeströme, welches nach dem Bekanntwerden des Golfstromes und der Passatwinde begann, die fortschreitenden Verbesserungen in der Bauart, Ausrüstung und Leitung der Schiffe hoben die Nautik.

Infolge der Entdeckungen begann die goldene Zeit für Portugal; denn der Handel blühte schnell auf, obgleich er fast nur durch königliche Flotten betrieben wurde. Dank dem neuen Seeweg kam der Weltmarkt immer mehr in die Hände der westeuropäischen Nationen, indem die indischen

Waren in Lissabon aufgehäuft und durch andre Völker, besonders durch die Holländer, von dort abgeholt wurden. Wohlstand und Kultur stiegen in Portugal. Erst durch die Einführung der Inquisition und die Aufnahme der Jesuiten 1540 geriet das Reich in Verfall, und als Portugal 1580 bis 1640 spanische Provinz war, gingen seine meisten Besitzungen in Asien an die Holländer verloren.

England war im 16. Jahrhundert noch ohne große Bedeutung, Handel und Gewerbe noch in der Kindheit; unter Jacob I., 1603, war die holländische Marine dreimal so bedeutend als die englische. Erst unter der Regierung Karl II., der die Revolution niederdrückte, die Ruhe wieder herstellte, gelangte der englische Handel zur vollen Blüte. Seitdem wurden immer neue Kolonien in Ost- und Westindien gewonnen, und als im siebenjährigen (1756 bis 1763) Seerrieges die französische Seemacht vernichtet worden war, kam der Großhandel Europas und die unbestrittene Herrschaft der Engländer. Was den inländischen Handel Englands und dessen Gewerbe und Industrie anbelangt, so ist bekannt, daß derselbe vermöge einer demokratischen Gesetzgebung und freierlicheren Verfassung weiter vorgeht, als in den andern europäischen Staaten.

Deutschland ist gegenwärtig wohl unstreitig die dritte Seehandelsmacht der Welt. Nur England und Nordamerika sind ihm voraus, alle andern Staaten stehen hinter ihm zurück.

Auch in allen übrigen Staaten, besonders in Oesterreich, Belgien und der Schweiz, ist der Handel immer mehr emporgeblüht und nur noch in den despotisch regierten und geistig gedrückten Ländern verhältnismäßig wenig entwickelt.

Doch der ewig vorwärtsstrebende Geistes, die rastlos fortschreitende Kultur werden nach und nach diese zurückbleibenden Staaten in den Bereich des allgemeinen Weltverkehrs und Handels ziehen. Der Kampf um die erhabenen sozialen Gemeingüter der Menschheit rückt den Zeitpunkt der Solidarität und Verbrüderung aller Völker immer näher, und demnach ist es Ehrenpflicht eines jeden vernünftigen und edel denkenden Menschen, einzustehen und mitzukämpfen für diese wahrhaft menschlichen Ziele.

**Zeit arg zugekocht.** Allen Staats- und Lokalverbänden ist die Teilnahme an solchen Körperschaften, in denen die von der Zentralinstanz nicht anerkannten Elektriker vertreten sind, verboten worden. Diese Anweisung wird nicht überall befolgt, und dürfte dieser Streit, der immer größere Dimensionen anzunehmen scheint, zu scharfen und prinzipiellen Auseinandersetzungen Anlaß bieten.

Der Kongreß tagt in dem aufblühenden englischen Kolonialstaate Kanada, wo etwa 150 000 Arbeiter in Verbänden der American Federation of Labor organisiert sind. Es besteht zwar noch eine besondere Nationalorganisation, deren Motto: „Kanada den Kanadiern“ eine Zeitlang als Zugmittel galt, doch geht diese Bewegung zugunsten der internationalen, das heißt der amerikanischen Gewerkschaften ständig zurück. Die kanadischen Zweigvereine des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, dem etwa 25 Berufsverbände angehören, haben eine besondere Institution, ihren „Kanadischen Arbeitskongreß“, der alljährlich stattfindet und der auch zu der Landespolitik Stellung nimmt. Der Einfluß der „internationalen“ Organisationsform wird durch die Torontoer Tagung in Kanada sicherlich gefördert werden. Wir werden über die Verhandlungen berichten.

**Zentralisationsbestrebungen der australischen Gewerkschaften.** Die australischen Gewerkschaften sind noch außerordentlich zersplittert. Die in den letzten Jahren immer heftiger und umfangreicher werdenden wirtschaftlichen Kämpfe haben jedoch auch dort die Notwendigkeit größerer Geschlossenheit deutlich gezeigt, um so mehr, da die Unternehmer sich schon frühzeitig recht starke Zentralorganisationen zu schaffen suchten. Die letzten Kongresse der Gewerkschaften der einzelnen Bundesstaaten haben denn auch entsprechende Resolutionen beschlossen, in denen die Verschmelzung der lokalen Gruppen zu Landesverbänden empfohlen wurde. Diese Anregung ist schon vielerorts auf fruchtbaren Boden gefallen. So wurde vor kurzem in Melbourne ein Zentralverband der Gerber und Lederarbeiter Australiens gegründet. Auf dem Kongreß waren die Vertreter einer Anzahl schon bestehender Gewerkschaften dieser Berufe aus allen Bundesstaaten anwesend, die sich einstimmig für die Verschmelzung zu einer Einheitsorganisation aussprachen. Es wurde u. a. festgestellt, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Ländern des Bundes außerordentlich verschieden sind. Es soll besonders deshalb, weil die Verhältnisse in der Lederindustrie durchweg schlechter sind als in andern Berufen, demnächst eine einheitliche Aktion zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unternommen, dabei auch auf die Beseitigung der Frauenarbeit in Gerbereien aus gesundheitlichen Gründen hingewirkt werden. Sehr geklagt wurde darüber, daß völlig unfähige Leute als Fabrikinspektoren fungieren, die meist aus dem Stande der Zivilamtwärter genommen werden und für die beruflichen Verhältnisse daher nicht das geringste Verständnis besitzen. Die bestehenden Schutzgesetze werden deshalb trotz der Fabrikinspektion keineswegs durchgeführt. Die nächste Tagung, die erste Generalversammlung des neuen Verbandes, die zu Ostern 1910 in Sydney stattfinden soll, wird sicherlich schon eine Stärkung der Organisation zeigen und dadurch dann auch die Möglichkeit bieten, über wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der australischen Lederindustrie, die sehr bedeutend ist, zu beraten.

### Aus dem Innungslager.

**Der Vorstand der Münchener Bäckerzwangsinnung hat das Innungsstatut auch zu beachten!** Die Münchener Bäckerzwangsinnung kann es nicht unterlassen, an den Bestimmungen des Innungsarbeitsnachweises nach Möglichkeit heranzudottern, wobei sie sich (selbstverständlich kann man sagen) um die Meinung der Gehilfenvertreter nicht erst bemüht. Man sucht letztere dadurch kalt zu stellen, daß man einfach den Vorstand der Innung die Geschichte selbständig machen läßt und es den Innungsversammlungen erspart, über die Maßnahmen zu beschließen, weil man sonst eben auch den Gehilfenausschuß hören müßte. Da es sich jedoch bei den Plänen der Herren immer um Verlesungen für die Gehilfen handelt, möchte man dies vermeiden. Aber mit allem Eifer hat der Innungsvorstand diesmal kein Glück gehabt; trotz sonstigen liebevollen Entgegenkommens der Aufsichtsbehörde muß diese dem Wortlaute des Innungsstatuts etwas mehr Rechnung tragen und hat auf eine Beschwerde des Altgehilfen Amann, die dieser jetzt gegen einen Beschluß des Innungsvorstandes in Sachen des Arbeitsnachweises erhob, folgenden Bescheid gegeben:

Nr. 6968 IX.

**Betreff:**  
Beschwerde des Altgehilfen Amann  
der Bäckerzwangsinnung München.

**Beschluß.**

Auf die Beschwerde des Altgehilfen Joseph Amann der Bäckerinnung München (Zwangsinnung) vom 31. Juli 1909 gegen die vom Vorstand dieser Innung beschlossene, am 1. August 1909 in Kraft getretene Abänderung der Geschäftsordnung für den Arbeitsnachweis der Innung beschließt der Magistrat der königlichen Haupt- und Residenzstadt München im Hinblick auf § 96 der Reichsgewerbeordnung mit Ziffer 1 der königlichen allerhöchsten Verordnung vom 9. Oktober 1897 (G. V. Bl. Seite 355) als Aufsichtsbehörde:

Die vom Vorstand der Bäckerzwangsinnung beschlossene, am 1. August 1909 in Wirksamkeit getretene Abänderung der Geschäftsordnung des Arbeitsnachweises der Innung wird außer Wirksamkeit gesetzt.

Gründe: Der Vorstand der Bäckerzwangsinnung hat im Juli heurigen Jahres eine Abänderung der Bestimmungen über den Arbeitsnachweis dieser Innung beschlossen, die er dem Ausschuss für das Gesellen- und Lehrlingswesen unterm 17. Juli 1909 zur Kenntnisnahme übermittelte. Gegen diesen Beschluß erhob der Altgehilfe Joseph Amann der Innung namens des Gehilfenausschusses unterm 31. Juli 1909 Beschwerde zum Stadtmagistrat München als Aufsichtsbehörde. Die Beschwerde ist damit begründet, daß einerseits der Beschluß um deswillen ungültig sei, weil der Gehilfenausschuß, nicht wie das Statut

es verlange, bei Beschlussfassung zugezogen worden sei und daß andererseits die neuen Bestimmungen für die Gehilfen Verschlechterungen bedeuten, daher auch in materieller Beziehung zu beanstanden sei. Das zur Gutachtensabgabe aufgeforderte städtische Arbeitsamt erklärte, daß der Beschluß des Innungsvorstandes die Interessen der Arbeiterchaft in keiner Weise verlege, lediglich Ziffer 3 des Beschlusses, wonach der Inhaber einer Vormerkkarte diese jeden Mittwoch zwischen 8 und 9 Uhr vormittags im Bureau abstempeln zu lassen hat, widrigenfalls die Karte ihre Gültigkeit verliert, sei etwas hart. Wenn ein triftiger Grund vorliege, sollte die Abstempelung auch an einem andern Wochentage außer dem Mittwoch gestattet werden.

Bei Verberedeung (kein Druckfehler, sondern Münchener Verwaltungsdeutsch. Die Red. d. B. u. R.-Z.) der eingelegten Beschwerde wird zunächst in formeller Beziehung zu prüfen sein, ob das Verfahren des Innungsvorstandes den Bestimmungen des Innungsstatuts entspricht. In dieser Beziehung ist zunächst auf § 18 Ziffer 5 des Statuts hinzuweisen. Dort heißt es, daß die Innungsversammlung zuständig sei zur Beschlussfassung über alle Einrichtungen, welche zur Erfüllung der Aufgaben der Innung getroffen werden sollen. Nun kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der mit der Innung von jeher verbundene Arbeitsnachweis zu den Einrichtungen gehört, welche zur Erfüllung der Aufgaben der Innung dienen. Infolgedessen hätte bei der Beschlussfassung über die Geschäftsordnung dieses Arbeitsnachweises die Innungsversammlung gehört werden müssen, was nicht geschehen ist.

Sodann kommt in Betracht § 19 Absatz 1. Dort wird die Zuständigkeit des Gesellenausschusses begründet für alle Einrichtungen, für welche die Gesellen „eine besondere Mithewaltung zu übernehmen haben“. Zu diesen Einrichtungen gehört der Arbeitsnachweis; denn im § 35 ist ausdrücklich gesagt, daß dem Ausschusse für das Gesellen- und Herbergswesen unter anderm die Verwaltung des Arbeitsnachweises zukommt. Dieser Ausschuss, der als die Vertretung der Gesellen zu erachten ist, hat sonach statutengemäß sich um den Arbeitsnachweis zu kümmern, mit andern Worten, auf diesem Gebiete „eine besondere Mithewaltung“ im Sinne des § 19 Absatz 1 zu übernehmen. Das Ergebnis ist sonach, daß bei der Beschlussfassung über Abänderung der Geschäftsordnung des Arbeitsnachweises die Anträge des Vorstandes der Innungsversammlung vorzulegen gewesen wären und hierzu sämtliche Mitglieder des Gesellenausschusses einzuladen und mit vollem Stimmrechte zur Teilnahme zuzulassen wären (§ 19 Absatz 1), auch die Ausführung des Beschlusses der Innungsversammlung in dieser Sache nur mit Zustimmung des Gesellenausschusses erfolgen dürfte (§ 19 Absatz 2).

Demgegenüber wird von Seite des Innungsvorstandes auf § 46 a Absatz 3 des Statuts hingewiesen, wonach „die Befugung der Stelle eines Altuars sowie Genehmigung und Beschlussfassung über das Arbeitsnachweismaterial dem Innungsvorstande zusteht“. Allein diese Bestimmung, die im Zusammenhange mit den übrigen Bestimmungen des Statuts und insbesondere mit § 32 gewürdigt werden muß, ist dahin aufzufassen, daß dem Vorstand die Verwaltung, das heißt die Ausführung der Innungsbeschlüsse, zukommt, während die Beschlüsse selbst, also die materiell rechtliche Regelung auch auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises, der Innungsversammlung im Benehmen mit dem Gesellenausschuß obliegt. Beschlüsse über das Arbeitsnachweismaterial im Sinne des § 46 a können sonach nicht Beschlüsse sein, welche die Angelegenheit materiell regeln wie dieses eine Geschäftsordnung tut, sondern Vollzugsbeschlüsse zu der von der Innungsversammlung beschlossenen Regelung der Angelegenheit.

Nachdem sonach der angefochtene Beschluß des Innungsvorstandes dem Statut nicht entspricht, war er aufzuheben, ohne daß auf seinen Inhalt und die Frage, ob die Neuordnung tatsächlich eine Verschlechterung für die Gehilfen bedeute, eingegangen zu werden brauchte. Sache der Innung wird es sein, entweder es bei der bisherigen Geschäftsordnung zu belassen, was jedoch, nachdem diese reformbedürftig erscheint, nicht wünschenswert wäre, oder aber eine neue Geschäftsordnung unter Beachtung des Innungsstatuts zu beschließen.

Bei dieser Sachlage können Verabredungen, die gelegentlich der heurigen Gehilfenbewegung vor dem Einigungsamt hier zwischen den Meistern und Gehilfen getroffen worden sein sollen und die dahin gehen sollen, daß die Gehilfen einen eigenen Arbeitsnachweis einrichten, dagegen über den Arbeitsnachweis der Meister keine Kontrolle mehr haben, nicht berücksichtigt werden. Derartige Verabredungen könnten erst zum Vollzuge gelangen, nachdem das bestehende Statut, das einem paritätischen Arbeitsnachweis und die Mitwirkung der Gehilfenchaft dabei vorsieht, abgeändert worden ist.

Gegenwärtiger Beschluß bleibt im Hinblick auf Art. 234 Ziffer 9 des Bürgerengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. April 1907 gebührenfrei. Kosten sind nicht entstanden.

Am 29. Oktober 1909.

Magistrat der Kgl. Haupt- und Residenzstadt München.  
Bürgermeister (Name unleserlich).

Sekretär Zaedermann.

Es ist nun einmal so — auch Innungsvorstände müssen das halten, was geschrieben steht! Wenn's ihnen auch schwer fällt.

**Er wußte es jedenfalls nicht anders.** Anlässlich einer Gesellenprüfung in einem größeren Orte des Saarreviers wurde im theoretischen Teil derselben den Prüflingen die Frage vorgelegt: „Was macht man des Nachts zuerst, wenn man in die Wadstube kommt?“ Auf verschiedene nicht zufriedenstellende Antworten jagte ein angehender Vertreter der eben Wädertunft: „Man nimmt den Besen und schlägt die Schwatze kaput.“ Sicher war es die Macht der Gewohnheit, welche dem waderen Schwatweter zu der Antwort Anlaß gab.

### Aus drüßlicher und gelber Werkstatt.

**Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens!** Wie anders soll man den nachstehenden Fall charakterisieren. Eines Tages kommt ein Kollege Namens Giezenbanner zu unserm Organisationsleiter, Kollegen Gaud, in Straßburg i. E. und fragt um Auskunft, wie er zu seinem

verdienten Lohn kommen könne. Der Bäckermeister Leppert in Göhnheim hatte ihm N 11 von seinem Lohn einbehalten. Er wurde darauf aufmerksam gemacht, daß er den Meister verklagen solle, und er hat nun, ihm doch zu seinem Lohn zu verhelfen, das heißt die Klage zu vertreten. Gaud erklärte sich hierzu bereit und sprach die Hoffnung aus, daß G. sich dann aber auch in den Verband aufnehmen lasse; denn dies entspräche der Billigkeit, wenn er die Hilfe der Verbandskollegen in Anspruch nehme. Dies wollte jener ausführen, sobald er finanziell hierzu in der Lage sei. Er unterschrieb auch eine Vollmacht, und G. reichte die Klage ein; ehe die Sache zur Entscheidung kam, reiste G. ab. Es gelang G., ein obliegendes Urteil gegen den Bäckermeister Leppert zu erzielen. (Siehe heutige Nummer unter „Gewerbegerichtliches“.) Nachdem das schriftliche Urteil dem G. zugestellt war, übergab er dieses einem Gerichtsvollzieher zur Zwangsvollstreckung. Die Pfändung verlief jedoch fruchtlos, aber nicht etwa, weil Herr Leppert vermögenslos war — das wäre ja eine Beleidigung für den Bäcker- und Bürgermeister Leppert von Göhnheim —, sondern weil Herr Leppert nachstehende Schriftstücke vorlegte, welche wir hier wortgetreu zum Ausdruck bringen:

Korsbach, den 23. 7. 09.

Herrn A. Leppert.

Habe Ihren Brief erhalten und daraus gesehen, daß Sie mir nicht vergehen möchten. Es tut mir von Herzen leid, daß ich Ihnen solches zu kommen ließ und Sie so sehr beleidigte. Möchte Sie deshalb um Verzeihung bitten, daß ich so weit dazu gekommen bin und Sie verklagte, da ich noch nicht weiß, wie die Gerichtssache zu Ende ging, und wäre vielleicht noch Zeit, so würde ich den Prozeß zurückziehen. Sollten Sie ja verurteilt worden sein wegen der 11 Mark, so habe ich dieselben bis jetzt noch nicht in Empfang nehmen können, was ich auch nicht tun werde. Sie können sie von meinem Bevollmächtigten wieder zurückverlangen. Sollten Sie meinetwegen noch weiteren Schaden erlitten haben, so will ich sie Ihnen später gerne vergüten, sobald es mir meine Mittel erlauben. Möchte Sie nochmals bitten, mir zu meiner Beruhigung bald schreiben zu wollen.

Ihr im Herrn gedemütigter

gez. J. Giezenbanner.

(Monsieur A. Leppert, Bäckermeister, Göhnheim.)

Herrn A. Leppert!

Haben Ihren Brief soeben erhalten, wofür ich Ihnen bestens danke.

Habe meinem Bevollmächtigten geschrieben, daß ich die Sache zurücknehme, und er somit das Geld nicht in Empfang nehmen kann. Wieviel denke ich noch daran, daß ich bei Ihnen so Unglück hatte mit den Arbeitern.

Mit bestem Gruß zeichne ich ufm.

Achtungsvollst gez. J. Giezenbanner.

Auf die Handlungs- und Schreibweise dieses Kollegen mag sich jeder selbst einen Vers machen. Für seine sträfliche Dummheit bekommt er nicht bloß die N 11 nicht, sondern kann ungefähr dieselbe Summe nun auch noch für Kosten bezahlen!

Dieser Einzelfall charakterisiert aber unsere Kollegen in einer sehr bedauerlichen Weise. Er zeigt, welche ungeheure Aufklärungsarbeit hier im Elsaß noch zu vollbringen ist. Möge jeder Kollege an dieser Kulturaufgabe mitarbeiten.

### Literarisches.

**Arbeiterphilosophen und Dichter.** Herausgegeben von Adolf Levenstein. Verlag Eberhard Fromein, Auslieferung Morgenverlag, Berlin W 9. Nachdem der Herausgeber vor einiger Zeit eine Sammlung von Arbeiterbriefen im selben Verlage unter dem Titel: „Aus der Tiefe“ erscheinen ließ, führt er uns jetzt im vorliegenden Werke eine Reihe von Arbeitern als Dichter und Philosophen vor. Das Gebotene, das in ansprechender Ausstattung auf den Markt gebracht wird, zeigt wieder, daß auch der Proletarier trotz harter Fron ums tägliche Brot in seinen spärlichen Musestunden das Wesen der Dinge zu ergründen und begreifen sucht oder von der Sehnsucht ergriffen wird, seine Gefühle und Gedanken in poetische Formen zu kleiden. Einer der Arbeiter, welcher Beiträge für das Buch lieferte — es ist ein Bäcker — sagt unter „Gedanke — Moral“:

Gedanken spinnen,  
heißt sie lassen  
durch die Finger rinnen . . .  
Gedanken weben,  
heißt sie erleben . . .  
Gedanken ergründen . . .  
heißt Worte finden . . .  
des Willens ehernes Muß  
liegt in der Gedanken Guß.

Und ein anderer — ein Fraiser — findet für des „Proletariers Sehnsucht“ die Worte:

Am grünen Waldebaum entlang,  
Wie friedlich graßt das Bild,  
O, glich doch nur ein einzig Mal  
Mein Leben diesem Bild.

Ich steh' am Bach, der rauschend fließt,  
Die Ufer umsäumt mit Moos,  
Ich denk' und sinn', ich ruf ihm zu:  
Nimm mit mein hartes Loß.

Die meisten Beiträge behandeln, was ja fast selbstverständlich ist, soziale Probleme. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Bestrebungen des Herausgebers, geistige Schätze aus der Tiefe des Proletariats zu heben und sie als Kulturdokumente zu sammeln (Levenstein schlägt hierbei alle irgend gangbaren Wege ein; es ist derselbe Genosse, der jetzt auch die Arbeiterdilettanten-Kunstaustellung in Berlin veranstaltet!), von jeder Seite Förderung erfahre. Wir empfehlen deshalb dringend der Kollegenschaft den Bezug des Buches: „Arbeiterphilosophen und Dichter“.